

Vor der Schlussmobilisierung:

Hornkuh-Initiative – Pattsituation bei Nein-Trend

Selbstbestimmungs-Initiative – Nein-Mehrheit bei Nein-Trend

Überwachung Sozialversicherte – Ja-Mehrheit bei Ja-Trend



Hintergrundbericht 2. Welle der "SRG Trendumfragen"
zur Volksabstimmung vom 25. November 2018

Studie im Auftrag der SRG SSR, November 2018

Sperrfrist: 14. November 2018, 06:00 Uhr

Projektteam

Lukas Golder Politik- und Medienwissenschaftler

Martina Mousson Politikwissenschaftlerin

Edward Weber Politikwissenschaftler

Aaron Venetz Politikwissenschaftler

Noah Herzog Sekretariat und Administration

Daniel Bohn Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Katrin Wattenhofer Politikwissenschaftlerin

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | WICHTIGES IN KÜRZE | 3 |
| 2 | ERGEBNISSE | 17 |
| 2.1 | Vorläufige Teilnahmeabsichten | 17 |
| 2.2 | Hornkuh-Initiative | 21 |
| 2.3 | Selbstbestimmungs-Initiative..... | 27 |
| 2.4 | Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts | 34 |
| 3 | ANHANG | 41 |
| 3.1 | gfs.bern-Team..... | 41 |

1 Wichtiges in Kürze

1.1 Generelles

Wie üblich handelt es sich auch bei der zweiten Befragung nur um eine Momentaufnahme. Die Ergebnisse können im Wellenvergleich allerdings auch als Trends interpretiert werden. Eine Prognose folgt daraus mit Annahmen, wie sich die Meinungsbildung weiterentwickelt.

| | |
|---|--|
| Momentaufnahme | Einmalige Messung von Stimmabsichten, wie hier vorliegend |
| Trend | Mindestens zweimalige Messung, um Entwicklungen mit verschiedenen Momentaufnahmen zu erkennen |
| Projektionen | Momentaufnahmen, bei denen die Unentschiedenen verteilt werden |
| Prognosen | Projektionen, welche die kommende Meinungsbildung bis zum Abstimmungstag mitberücksichtigen und die erwarteten Ja/Nein-Anteile bestimmen |
| Festnetz, Mobilfunk und neu Online | <p>Der telefonische Teil der vorliegenden Befragung wurde vom gfs-Befragungsdienst realisiert, die Auswertung und Analyse der Daten nahm das Forschungsinstitut gfs.bern vor. Befragt wurde via eines RDD-Dualframe-Verfahrens per Festnetz und Handy.</p> <p>Erstmals wurde im Rahmen des SRG-Trend-Mandats die telefonische Umfrage durch eine Online-Befragung von Stimmberechtigten ergänzt, mit dem Ziel die Stichprobengrösse in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz zu erhöhen. Der Online-Teil wurde als opt-in-Befragung (Mitmachbefragung) über die Webportale der SRG SSR Medien realisiert.</p> <p>Der mittlere Befragungstag war der 3. November 2018, Entscheidungen können jedoch bis am 25. November 2018 noch gefällt werden. Das sind drei Wochen, während denen der Abstimmungskampf in vollem Gange ist.</p> <p>Keine Aussagen können wir über das Ständemehr machen, denn die Fallzahl lässt gesicherte Rückschlüsse auf die Kantone nicht zu.</p> |
| Sperrfrist | Die Sperrfrist für den aktuellen Bericht ist Mittwoch, der 14. November 2018, um 06:00 Uhr. Danach sind die Ergebnisse und der Bericht unter Quellenangaben frei. |

Zitierweise

2. Welle der SRG-SSR-Trendbefragung zu den Volksabstimmungen vom 25. November 2018 vom Forschungsinstitut gfs.bern. Realisiert zwischen dem 31. Oktober und dem 7. November 2018 bei 3683 Stimmberechtigten.

1.2 Hauptergebnisse der 2. SRG-Trendumfrage

Wäre bereits am 3. November 2018 über die Vorlagen der eidgenössischen Volksabstimmungen vom 25. November 2018 entschieden worden, hätte die Hornkuh-Initiative keine Mehrheit mehr, während die Änderung des allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts deutlich angenommen worden wäre. Die Selbstbestimmungs-Initiative wäre abgelehnt worden.

Im Zeitvergleich haben sich die Stimmabsichten zu allen Vorlagen in Richtung der Position von Bundesrat und Parlament verstärkt. Bei den beiden Initiativen äussert sich das in Nein-Trends, bei der Gesetzesvorlage in Form eines Ja-Trends. Die Entwicklungen entsprechen in allen drei Fällen für den Normalfall der Meinungsbildung.

Die Beteiligung hätte bei durchschnittlichen 47 Prozent gelegen.

Tabelle 1

Übersicht gegenwärtige Stimmabsichten Teilnahmewillige Abstimmung vom 25. November 2018

| | bestimmt/ eher dafür | bestimmt/ eher dagegen | weiss nicht/ keine Antwort | bestimmt dafür und dagegen | Stand der Meinungsbildung | Einschätzung Ausgang Volksmehr |
|----------------------------------|-------------------------|---------------------------|-------------------------------|----------------------------------|------------------------------|---|
| Hornkuh-Initiative | 49 (-9) | 46 (+10) | 5 (-1) | 67 (+12) | mittel | Nein wahrscheinlicher Stand: relatives Ja Trend: zum Nein |
| Selbstbestimmungs-Initiative | 37 (-2) | 61 (+6) | 2 (-4) | 82 (+16) | hoch | Nein wahrscheinlich Stand: absolutes Nein Trend: zum Nein |
| Überwachung Sozialversicherte | 59 (+2) | 38 (-1) | 3 (-1) | 68 (+11) | hoch | Ja wahrscheinlich Stand: absolutes Ja Trend: zum Ja |

Bemerkung: Bei allen ausgewiesenen Zahlen ist bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit ein statistischer Unsicherheitsbereich von rund 2.7 Prozentpunkten plus/minus mitzudenken.

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Betont sei, dass alle Angaben bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von ± 2.7 Prozentpunkten gelten. Ein Wert von 50 Prozent kann demnach zwischen 47.3 und 52.7 Prozent variieren, wobei kleinere Abweichungen wahrscheinlicher sind. Grössere Abweichungen, ausserhalb dieser Spannweite, kommen nur mit 5-prozentiger Wahrscheinlichkeit vor. Die Wahrscheinlichkeiten beziehen sich auf die Werte der aktuellen Befragung, nicht auf den Abstimmungsausgang am 25. November 2018.

Szenarien aus Stand und Trend

Verweisen der Stand der Stimmabsichten und Trends in der Meinungsbildung in die gleiche Richtung, sind die gemachten Annahmen zum Ausgang klar. Im aktuellen Fall trifft das für zwei Vorlagen zu. Die Stimmabsichten zur Selbstbestimmungsinitiative liegen im Nein, der Trend verläuft ebenfalls ins Nein. Eine Annahme der Vorlage am 25. November 2018 wäre demzufolge eine Überraschung. Stand und Trend der Meinungsbildung zur Überwachung der Sozialversicherten verweisen demgegenüber auf eine Annahme am Abstimmungssonntag. Bei der Hornkuhinitiative verläuft der Trend zwar zum Nein, die Stimmabsichten liegen aber noch knapp im Ja. Die Unsicherheit ist daher etwas grösser, eine Annahme an der Urne ist aber klar das weniger wahrscheinliche Szenario.

Momentaufnahme nicht Prognose

Wir betonen: Eine Prognose ist das nicht. Es ist der Stand der Dinge am 3. November 2018. Einzelbefragungen sind Momentaufnahmen. Nur unter der Annahme, dass keine Meinungsbildung mehr erfolgt, müsste das Befragungsergebnis mit dem Abstimmungsresultat übereinstimmen. Diese Annahme ist bei Abstimmungen falsch.

1.3 Hornkuh-Initiative

Gegenwärtige Stimmabsichten

Am 3. November 2018 hätten 49 Prozent der teilnahmewilligen Bürgerinnen und Bürger bestimmt oder eher für die Hornkuh-Initiative gestimmt. 46 Prozent waren bestimmt oder eher dagegen gewesen. Der Vorsprung der Ja-Seite ist zurückgegangen und beträgt nun noch 3 Prozentpunkte vor der Schlussphase des Abstimmungskampfes.

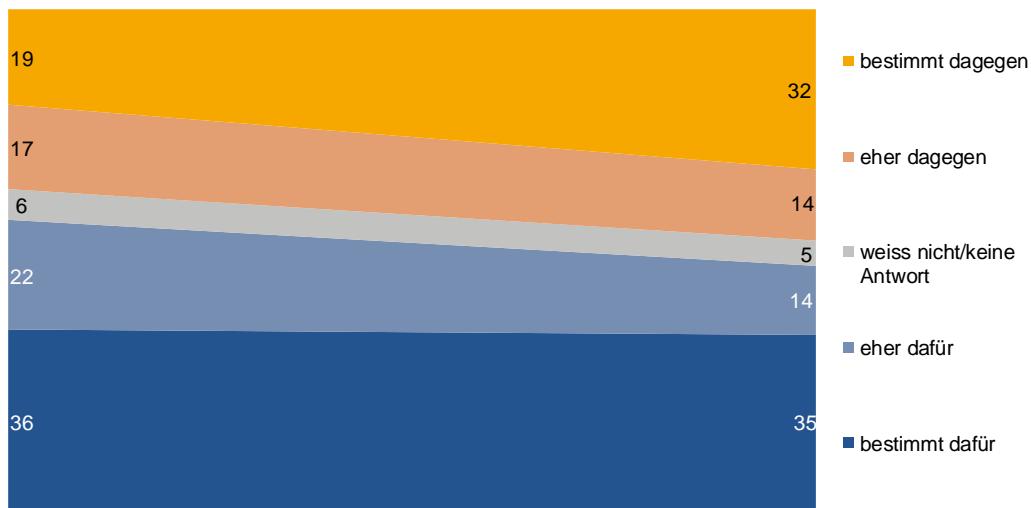
Erwartet wird seitens der Teilnahmewilligen eine knappe Ablehnung der Initiative (mittlere Schätzung 52 Prozent Nein).

Grafik 1

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018: Hornkuh-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Hornkuh-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



7. Oktober 2018

3. November 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Stand der Meinungsbildung

Die Meinungsbildung zur Initiative ist klar weiter fortgeschritten als bei der ersten Umfragewelle. 67 Prozent der geäußerten Stimmabsichten sind dezidiert. Damit kann der Stand der Meinungsbildung als mittel eingestuft werden.

Konfliktmuster

Das Konfliktmuster auf der Ebene der Parteisympathisanten zur Hornkuh-Initiative entspricht nach wie vor (und entgegen den Parteiparolen) nicht dem typischen Rechts-Links-Schema. Deutliche Mehrheiten für die Initiative, weisen die Anhängerschaft der Grünen, der SVP sowie die Parteiunabhängigen auf. Die Anhängerschaft der SP tendiert immer noch eher zu einem Ja als zu einem Nein, wenn auch weniger klar als in der Umfrage anfangs Oktober. Mehrheitlich Nein wollen weiterhin die Anhänger von CVP und – noch dezidierter – der FDP stimmen.

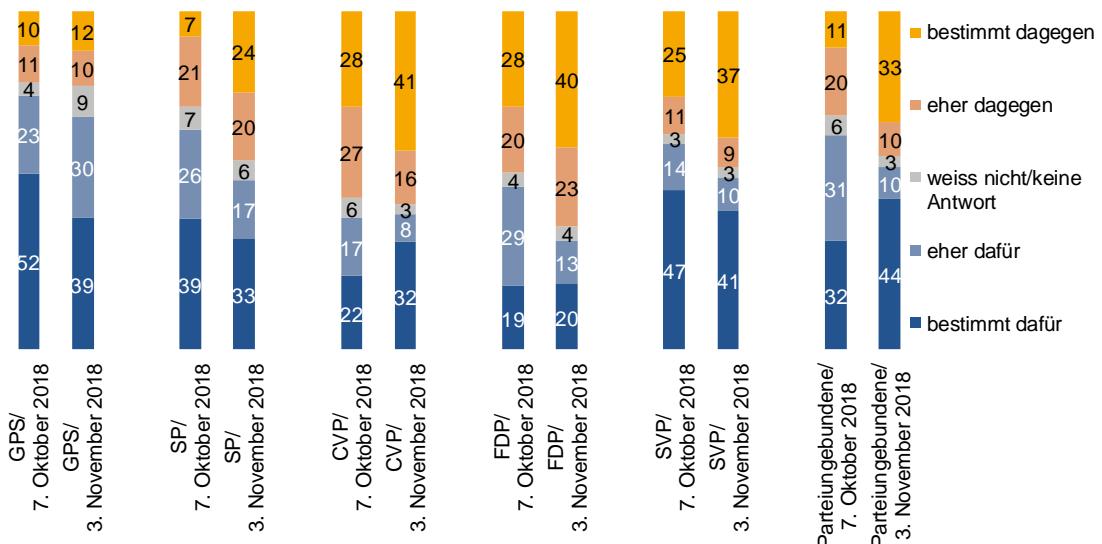
Bemerkenswert ist, dass die SVP-Anhängerschaft trotz der Nein-Parole ihrer Partei immer noch mit einer (knappen) absoluten Mehrheit für die Vorlage stimmen will. Der Trend verläuft aber Richtung Nein.

Grafik 2

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Parteibindung: Hornkuh-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Hornkuh-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

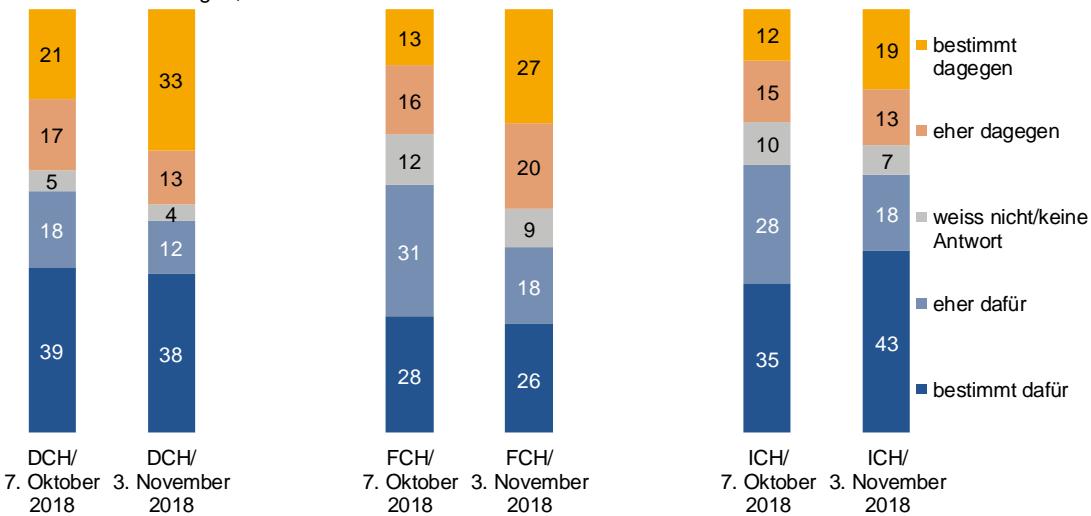
In Bezug auf die Sprachregionen zeigt sich, dass die Vorlage etwas mehr Unterstützung in der italienischsprachigen Schweiz, als in der Westschweiz und der Deutschschweiz geniesst.

Grafik 3

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Sprachregion: Hornkuh-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Hornkuh-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Argumente

Das für die Stimmabsicht zentralste Argument, dass die Enthornung für die betroffenen Tiere schmerhaft ist, erhält immer noch breite Unterstützung in der Stimmbürgerschaft (59% eher/sehr einverstanden, +2 %-Punkte). Dem zweiten Pro-Argument, dass die Initiative keinen Zwang, sondern lediglich ein Anreizsystem schaffe, wird noch von 66 Prozent der Befragten gestützt, ist aber wenig relevant für den Stimmentscheid.

Von den beiden getesteten Nein-Argumenten verfängt dasjenige, dass die Enthornung dem Schutz der Tiere diene mit 51 Prozent Zustimmung deutlich besser. Das zweite Argument, dass mit der Annahme der Initiative neu mehr Kühe angebunden werden müssten, wird lediglich von 36 Prozent der Befragten als zutreffend erachtet.

Insgesamt sind 57 Prozent eher den Ja- als den Nein-Botschaften zugeneigt. Damit ist die argumentative Zustimmung auf aggregierter Ebene höher als die beobachteten Stimmabsichten.

Die Übereinstimmung zwischen Inhalt und Stimmabsichten auf individueller Ebene ist allerdings nach wie vor tief: Nur 39 Prozent der Stimmabsichten lassen sich argumentativ erklären.

Trend in der Meinungsbildung

Der Dispositionsansatz postuliert für Initiativen folgendes Regelfallszenario: Mit dem Abstimmungskampf steigt die Ablehnungsbereitschaft einer Volksinitiative. Gleichzeitig sinkt die Zustimmungstendenz. Bis jetzt hat sich diese Entwicklung auch bei dieser Vorlage eingestellt. Ein Wandel zu einer Nein-Mehrheit und damit eine Ablehnung der Vorlage an der Urne wird deshalb als wahrscheinlich eingeschossen.

Nicht ausschliessen lässt sich jedoch im Moment, dass die Vorlage nicht weiter an Zustimmung einbüsst und deshalb knapp angenommen würde. Die Wahrscheinlichkeit für dieses Szenario ist geringer, könnte jedoch wie folgt begründet werden: Die Ja-Seite verfügt auch in der zweiten Umfrage über eine relative Mehrheit und es ist keine öffentlichkeitswirksame Gegnerschaft in Erscheinung getreten. Zudem tendiert die Stimmbürgerschaft rein argumentativ noch immer zur Ja-Seite.

Stichworte für die Berichterstattung

- positiv vorbestimmte Initiative mit wenig aktiver Gegnerschaft. Unterstützung des Vorhabens von Wählerschaften beider politischer Pole und Parteiuangebundenen. CVP- und FDP-Wählerinnen und Wähler mehrheitlich dagegen.
- Schwachstellenkommunikation bisher nur beschränkt wirksam. Zwar hat ein Nein-Trend eingesetzt, es bleibt aber bei relativer Mehrheit für die Hornkuh-Initiative. Stimmbürgerschaft rein argumentativ immer noch auf Ja-Seite.
- Die Initianten überzeugen mit gemässigter Forderung und dem Argument des Tierwohls. Letzteres bewirtschaftet allerdings auch die Gegnerschaft. Die argumentative Abstützung der Stimmabsichten bleibt schwach.
- Regelfall mit hoher Wahrscheinlichkeit: Fortsetzung des Nein-Trends und damit Ablehnung der Initiative. Ausnahmefall mit tiefer Wahrscheinlichkeit: Wegen fehlender öffentlicher Debatte und grundsätzlicher Unterstützung der Ja-Argumente kippt die Ja-Mehrheit nicht, die Vorlage wird angenommen

1.4 Selbstbestimmungs-Initiative

Gegenwärtige Stimmabsichten

61 Prozent waren Anfang November gegen die Selbstbestimmungs-Initiative, 37 Prozent dafür. Der Vorsprung der Nein-Seite wurde über die Hauptkampagnenphase ausgebaut (24 Prozentpunkte, +8).

Erwartet wird seitens der Teilnahmewilligen eine knappe Ablehnung (mittlere Schätzung 53 Prozent Nein).

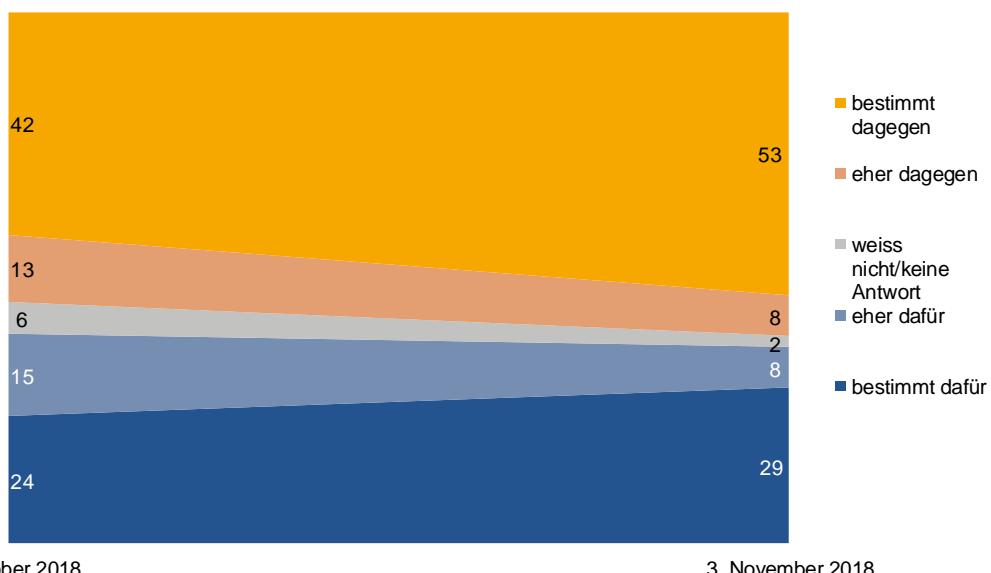
Der Trend der Meinungsbildung geht zum Nein. Bemerkenswert und für eine Initiative atypisch ist jedoch, dass sich der Anteil der dezidierten Zustimmung über den Hauptkampagnenverlauf verfestigt hat und das Ja-Lager insgesamt bisher kaum Einbussen zu verbuchen hat.

Grafik 4

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018: Selbstbestimmungs-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Selbstbestimmungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



7. Oktober 2018

3. November 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Stand der Meinungsbildung

Die Selbstbestimmungs-Initiative ist bei einem fortgeschrittenen Stand der Meinungsbildung negativ prädisponiert. Hohe 82 Prozent der geäußerten Stimmabsichten sind dezidiert. Veränderungen in den Stimmabsichten bleiben aber bis zum 25. November 2018 möglich; sei es aufgrund von Mobilisierungswirkungen oder von Meinungswandel.

Konfliktmuster

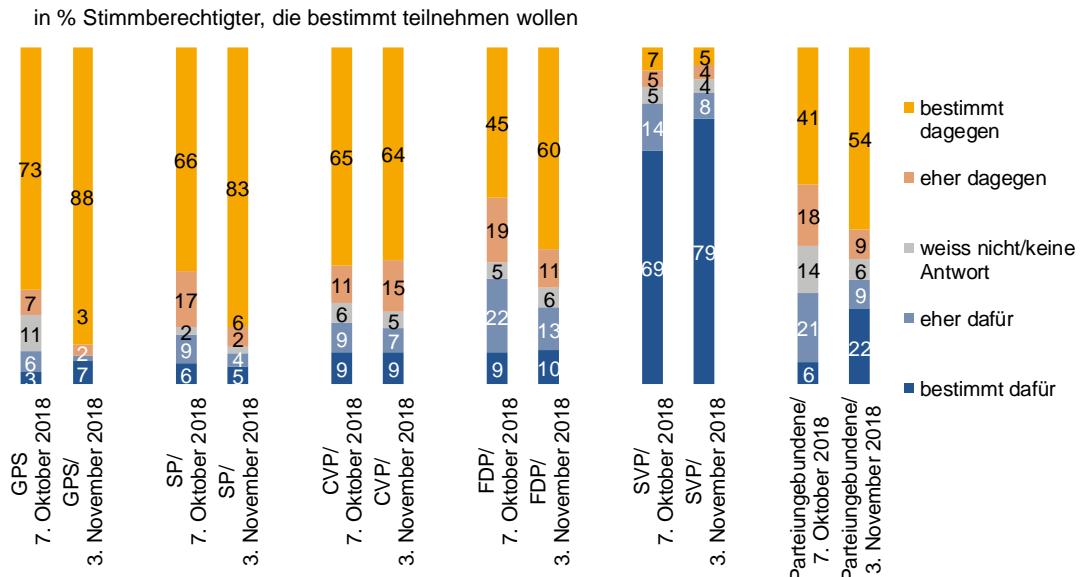
Das Konfliktmuster der Selbstbestimmungsinitiative ist primär politisch gekennzeichnet. Außerdem finden sich beschränkte regionale und soziodemografische Effekte.

Die Polarisierung im parteipolitischen Spektrum bleibt erheblich. Deutlich für die Selbstbestimmungs-Initiative sind Wählerinnen und Wähler der SVP. Alle anderen Parteiwählerschaften sind mehrheitlich gegen die Selbstbestimmungs-Initiative. Im Umfeld der SVP zeigt sich ein Ja-Trend, bei allen anderen Wählergruppen verlief die dynamische Meinungsbildung jedoch Richtung Nein. Die SVP konnte also ausserhalb der eigenen Wählerschaft nicht überzeugen. Damit sind alle Wählergruppen im Einklang mit den Parolen ihrer jeweiligen Parteispitzen.

Grafik 5

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Parteibindung: Selbstbestimmungs-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Selbstbestimmungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"



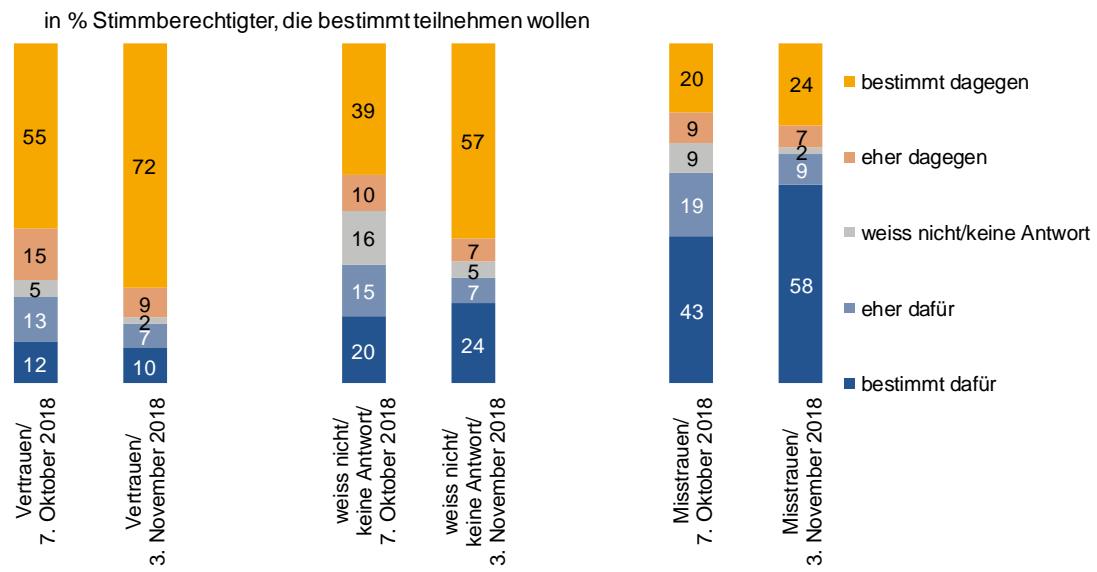
© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Ausserhalb der SVP-Wählerschaft findet sich einzig bei Regierungsmissstrauischen eine Mehrheit für die Initiative. Die Hauptkampagne hat diese Gruppe in ihrer Ansicht bestätigt.

Grafik 6

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Regierungsvertrauen: Selbstbestimmungs-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Selbstbestimmungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Entlang einer dritten politischen Grösse finden sich ebenfalls unterschiedliche Mehrheiten: Wer ja zur Durchsetzungs-Initiative stimmte, will auch zur aktuellen

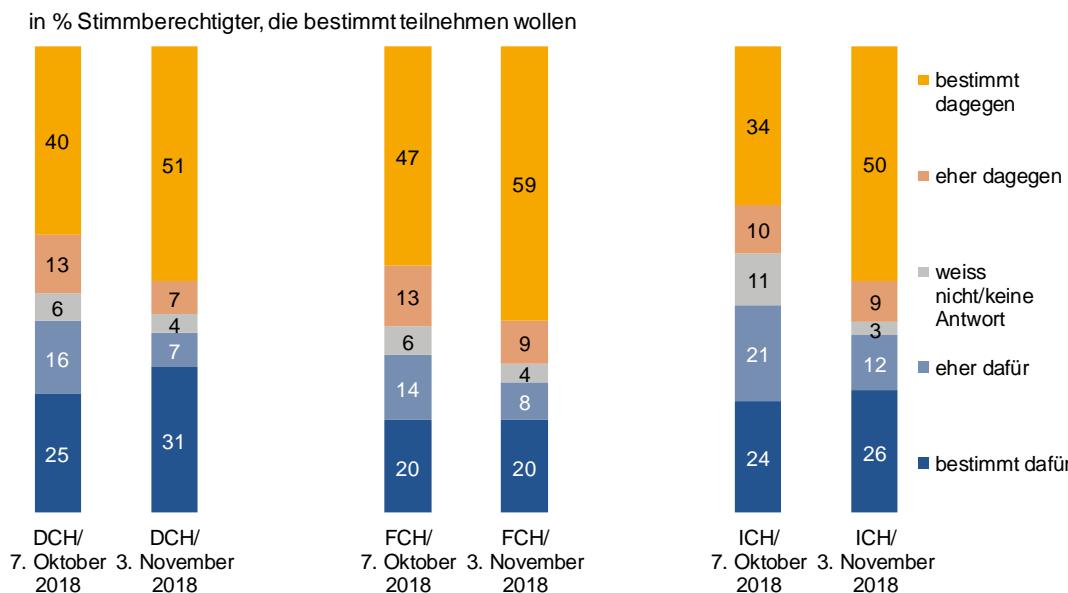
Vorlage ja sagen. Wer damals Nein stimmte ist auch gegen die Selbstbestimmungsinitiative.

Die Trends in den Sprachräumen der Schweiz folgen dagegen dem allgemeinen Muster und gehen zum Nein. Am deutlichsten bleibt dabei das "Non" aus der Westschweiz. Das Ja-Potenzial liegt in der Deutschschweiz und im italienischsprachigen Sprachraum rund 10 Prozent höher.

Grafik 7

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Sprachregion: Selbstbestimmungs-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Selbstbestimmungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Argumente

Argumentativ können die Initianten auf zwei starke Pfeiler bauen: dass die Menschenrechte und das zwingende Völkerrecht bereits per Verfassung gelten und dass das Schweizer Stimmvolk entscheiden soll, was in der Schweiz gelte. Es bleibt jedoch lediglich bei zwei von vier getesteten mehrheitsfähigen Pro-Argumenten. Gegenüber der ersten Umfrage verhalten sich die Zustimmungswerte zu den Pro-Argumenten dabei stabil.

Die Initiativ-Gegnerschaft überzeugt eine leicht gesunkene Mehrheit, wenn sie argumentiert, dass das Stimmvolk bereits heute bei wichtigen Fragen entscheide. Auch wenn sie ins Feld führt, dass die Initiative die Beziehungen zum Ausland gefährde respektive den Ruf der Schweiz als verlässlicher Handelspartner aufs Spiel setze, überzeugt sie (stabile) Mehrheiten. Etwas mehr als vor einem Monat überzeugt die Argumentation, dass Schweizerinnen und Schweizer bei einem Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention den Schutz vor willkürlichen Entscheiden verlieren würden. Die Meinungen bleiben jedoch in diesem Punkt gespalten.

Die Übereinstimmung zwischen Inhalt und Stimmabsichten auf individueller Ebene ist hoch: 72 Prozent der Stimmabsichten lassen sich argumentativ erklären. Ein Nein zur Selbstbestimmungs-Initiative kann am besten anhand der Meinung zum Argument der Gefährdung der internationalen Beziehungen oder des Rufverlusts als Handelspartner erklärt werden. Ein Ja am besten anhand der Haltung zur Rechtssicherheit und des Stopps der laufenden Vertragsausweitungen.

Trend in der Meinungsbildung

Der Dispositionsansatz postuliert für Initiativen folgendes Regelfallszenario: Mit dem Abstimmungskampf steigt die Ablehnungsbereitschaft einer Volksinitiative. Gleichzeitig sinkt die Zustimmungstendenz. Dieser Normalfall tritt dann nicht ein, wenn es zu einer eigentlichen Protestabstimmung kommt, weil der Problemdruck hoch ist. Der vorgefundene Trend, wie er sich auch in den allermeisten Untergruppen zeigt, spricht klar für dieses Regelfallszenario.

Ist dieser Nein-Trend erst einmal im Gange, lässt er sich erfahrungsgemäss kaum noch abwenden. Die Festigkeit des vorgefundenen Meinungsbildes schränkt den Spielraum für einen Wechsel der Mehrheitsverhältnisse zusätzlich ein.

Grundsätzlich ist aufgrund der Datenlage und der vorgefundenen Trends die Ablehnung der Selbstbestimmungs-Initiative am 25. November 2018 unter gleichbleibenden Bedingungen klar das wahrscheinlichste Szenario. Offengelassen werden muss, wie die Stimmenverhältnisse im Detail ausfallen werden.

Stichworte für die Berichterstattung

- negativ vorbestimmte Initiative welche von früh lancierten und intensiven Kampagnen auf beiden Seiten begleitet wurde. Entsprechend erweist sich die Meinungsbildung bei einer Nein-Mehrheit und einem Nein-Trend als fortgeschritten. Unterstützung des Vorhabens stammt aus den Reihen der SVP und von Regierungsmisstrauischen. Darüber hinaus hat das Anliegen jedoch kaum Strahlkraft.
- Frühe Fokussierung auf die Schwachstellen des Vorhabens und breit abgestützte Kommunikation hat Wirkung nicht verfehlt. Die Gefährdung internationaler Beziehungen wird als Problem anerkannt und ist stärkster Grund für ein Nein. Für das Ja spricht die Ansicht, die Initiative schaffe mehr Rechtsicherheit. Versuch der Initianten Wählergruppen ausserhalb der eigenen Wählerschaft anzusprechen ist jedoch nur beschränkt gelungen.
- Regelfall der Meinungsbildung zu einer Initiative ist eingetreten: Vorsprung der Gegnerschaft in der Ausgangslage wurde ausgebaut. Ablehnung am 25. November 2018 ist das wahrscheinlichere Szenario

1.5 Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts

Gegenwärtige Stimmabsichten

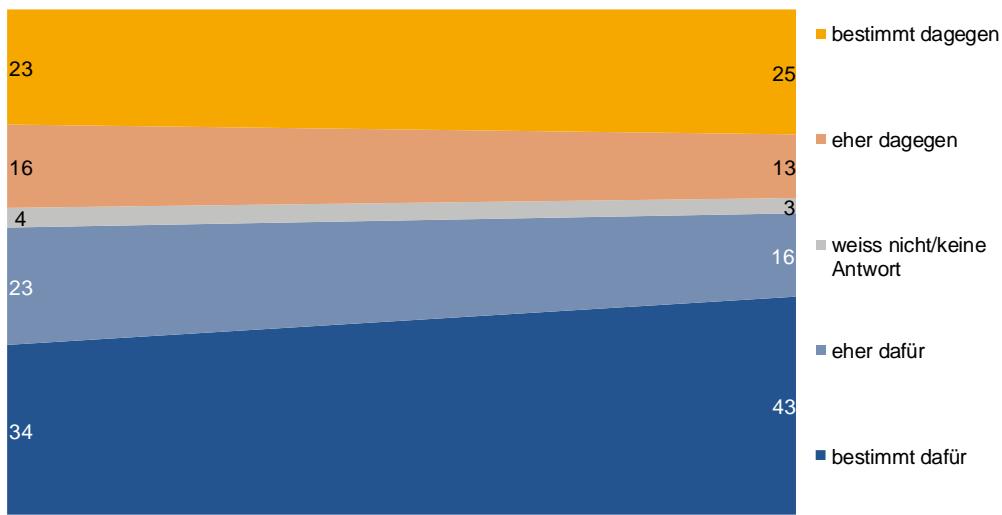
Anfang November 2018 hätten 59 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten bestimmt oder eher für die Änderung des Sozialversicherungsrechts gestimmt. 38 Prozent wären dagegen. Das Bild gleicht der Situation im Oktober, wobei die Vorteile der Ja-Seite noch etwas mehr überwiegen.

Grafik 8

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018: Überwachung Sozialversicherte

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



7. Oktober 2018

3. November 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

72 Prozent der Teilnahmewilligen gehen von einer Annahme der Vorlage am Abstimmungstag aus. Ihre mittlere Schätzung für den Ja-Anteil zum Schluss beträgt 55 Prozent.

Stand der Meinungsbildung

68 Prozent haben eine feste Stimmabsicht; sie sind entweder bestimmt für oder bestimmt gegen das Gesetz zur Überwachung Versicherter. Die Meinungsbildung ist für den Zeitpunkt hoch, denn auch die argumentative Stützung der Stimmabsichten ist auf hohem Niveau fortgeschritten.

Konfliktmuster

Das Konfliktmuster ist zunächst nach Parteien unterschiedlich. Das linke Lager stellt sich unverändert deutlich gegen die Gesetzesrevision. Die Lancierung des Referendums über Internet, die Kontroverse danach und die Unterstützung der SP und der Grünen haben im linken Lager früh die Kritik an der Vorlage geschärft.

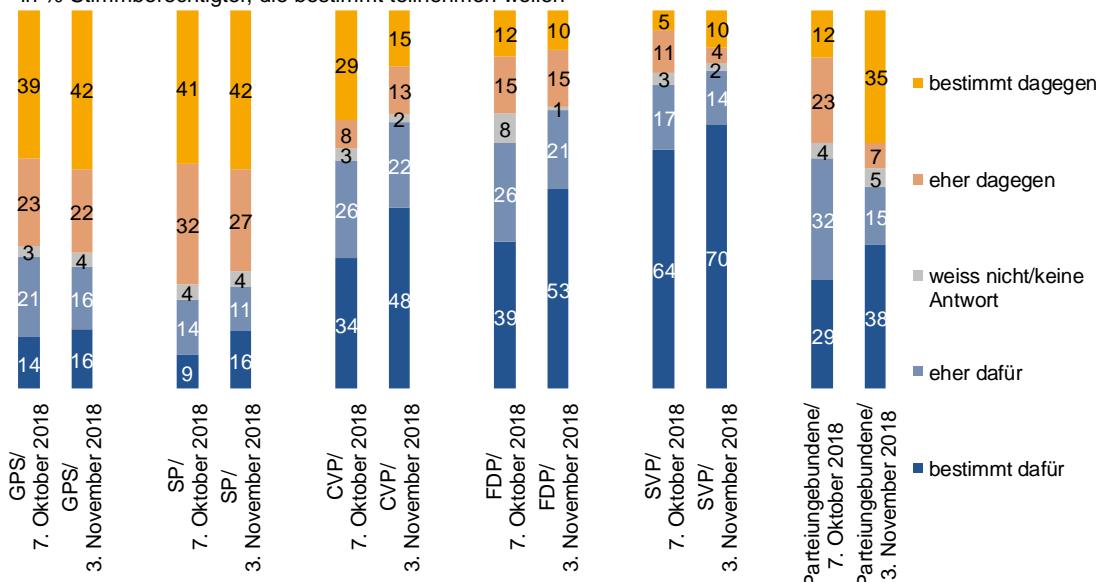
Anders sieht es im rechten Parteienspektrum aus. Alle bürgerlichen Parteianhängerschaften wollen sich im Monatsverlauf noch deutlicher für Sozialversicherungsdetektive aussprechen. Setzt sich dieser Trend fort, ergibt sich eine scharfe Polarisierung zwischen Links und Rechts. Etwas moderierend ist der aktuelle Trend bei Parteiungebundenen. Sie sind zwar nach wie vor mehrheitlich für die Vorlage, das Nein-Lager konnte in dieser Gruppe aber an Unterstützung zulegen.

Grafik 9

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Parteibindung: Überwachung Sozialversicherte

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

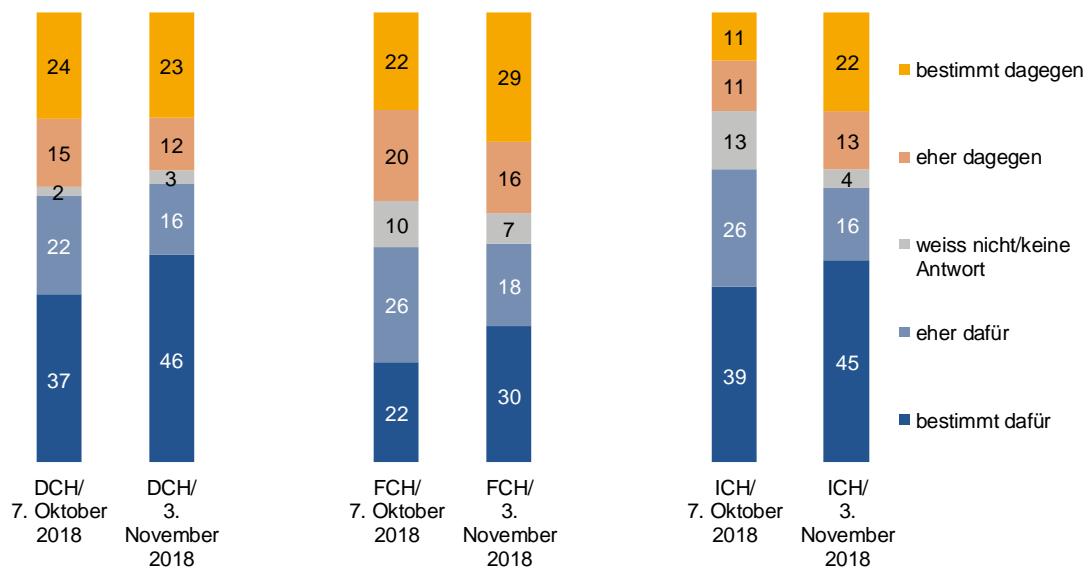
In der französischsprachigen Schweiz sind die Mehrheiten weiterhin nicht gemacht. Zwar hat auch hier die Ja-Seite einen Vorsprung, dieser ist aber weit geringer als in den italienischsprachigen oder deutschsprachigen Regionen der Schweiz.

Grafik 10

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Sprachregion: Überwachung Sozialversicherte

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Es zeichnen sich kaum mehr nennenswerte Gräben nach Altersgruppen ab. Die erhöhte Sensibilität für Datenschutzanliegen jüngerer Stimmberechtigter ist mit der vertieften inhaltlichen Auseinandersetzung in den Hintergrund gerückt. Auch die Jüngeren wollen zwischenzeitlich in der deutlichen Mehrheit die Vorlage annehmen.

Aussergewöhnlich bleiben die Stimmabsichten entlang des Regierungsvertrauens. Gerade Personen mit weniger Vertrauen in die Regierung wollen dieser Form der Überwachung eher zustimmen als Personen, die der Regierung in der Regel vertrauen.

Argumente

Mit den sechs Argumenten lassen sich die Stimmabsichten gut erklären, womit die Meinungsbildung nun fortgeschritten ist. Es fällt auf, dass die Akzeptanz der Nein-Argumente bröckelt, während die Ja-Argumente stabil hohe Zustimmungen erfahren. Am meisten überzeugend wirkt die klare Regelung der beabsichtigten Überwachungen auf Basis eines Gesetzes, womit auch Versicherte geschützt würden. Die wirksame Bekämpfung von Sozialversicherungsbetrug und die gestärkte Akzeptanz von Versicherungsleistungen tragen außerdem die Ja-Seite inhaltlich mit. Das am ehesten wirksame Argument der Nein-Seite mit Bezug zur Durchlöcherung der Privatsphäre erhält keine mehrheitliche Zustimmung mehr. Die anderen beiden Argumente mit der Kritik an der Rolle von Versicherungen oder von Sozialdetektiven werden zwar noch mehrheitlich unterstützt, wirken aber nur noch schwach oder bei einzelnen Gruppen.

Trend in der Meinungsbildung

Die Entscheidung zu Revision des Sozialversicherungsrechts mit Sozialdetektiven war schwach positiv vorbestimmt, was sich nun vor allem bei rechten Parteianhängerschaften deutlich zeigt. Anhängerschaften von SVP, FDP und CVP dürften die Vorlage sehr deutlich annehmen. Es zeichnet sich eine scharfe Polarisierung zwischen Links und Rechts ab, womit die rechte Seite klar in der Mehrheit wäre. Unsicher ist, in welche Richtung sich die Meinungsbildung bei Parteiungebundenen in der Schlussphase bewegt. Eine Fortsetzung des aktuell kritischen Trends wäre der Normalfall, womit diese Gruppe eine relevante Zunahme des Ja-Anteils verhindern würde. Angesichts des argumentativen Übergewichts der Ja-Seite könnte die letzte Phase der Meinungsbildung auch bei Parteiungebundenen die Ja-Seite stärken. Dann wäre ein noch höherer Zustimmungswert als in der Tendumfrage zu erwarten.

Stichworte für die Berichterstattung

- labil positiv vorbestimmte Behördenvorlage mit früh wirksamer Opposition ausgehend vom Internet-Referendum auf das gesamte linke politische Spektrum. Dabei blieb es aber weitgehend mit einer hohen Polarisierung zwischen Links und Rechts als Resultat
- die Problematisierung der Vorlage ist kaum geeglückt: die Durchlöcherung der Privatsphäre ist nicht mehr eine mehrheitsfähige Schwäche der Vorlage. Die kritische Beurteilung der Rolle von Versicherungen und Sozialdetektiven ist auch nicht weiter gestiegen
- die Ja-Seite punktet mit unverändert starken Argumenten. Die Regelung der Überwachung ist besonders wirksam auf die Meinungsbildung und die Missbrauchsbekämpfung im Grundsatz weiterhin erwünscht

1.6 Vorläufige Teilnahmeabsichten

Gegenwärtige Teilnahmeabsichten

46 Prozent der Stimberechtigten wollen bestimmt am Urnengang vom 25. November 2018 teilnehmen. Erfahrungsgemäss steigen die Beteiligungsabsichten bis zum Urnengang. Eine überdurchschnittliche Teilnahme scheint bei dieser Ausgangslage deshalb wahrscheinlich (2011-2017: 46.4% durchschnittliche Teilnahme).

Profil

Zum jetzigen Zeitpunkt in hohem Masse mobilisiert ist die Parteiwählerschaften der Grünen (65%) und neu der SVP (69%). Eine tiefe Beteiligungsabsicht äussern die Anhänger der FDP, der CVP, sowie die Parteiungebundenen (zwischen 27% und 36%). Durchschnittlich mobilisiert sind die Sympathisanten der SP (47%). Vom Abstimmungskampf erfasst oder mobilisiert wurden damit primär SVP-nahe Kreise, bei allen anderen Parteiwählerschaften erweisen sich die Teilnahmeabsichten als stabil oder im Falle der SP gar leicht rückläufig.

Eine zunehmende Mobilisierung ist ausserdem im regierungskritischen Lager feststellbar. Derzeit wollen 57% der Stimmbürger, welche der Regierung grundsätzlich misstrauen am Urnengang teilnehmen gegenüber 41 Prozent bei den Personen mit Regierungsvertrauen.

Sprachregional sind keine grossen Differenzen in Bezug auf die Teilnahmeabsichten feststellbar.

1.7 Datengrundlage

Um sprachregionale Aussagen machen zu können, haben wir die Sprachminderheiten überproportional berücksichtigt. Diese wurden, um nationale Aussagen machen zu können, wieder ins richtige Verhältnis gebracht.

Tabelle 2

Technischer Kurzbericht SRG-Trend Volksabstimmung vom 25. November 2018

| | |
|--|---|
| Auftraggeber | CR-Konferenz der SRG SSR |
| Grundgesamtheit | Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz |
| Herkunft der Adressen | CATI: Stichprobenplan Gabler/Häder für RDD/Dual-Frame; Verwendung Swiss-Interview-Liste Online: Opt-in-Befragung über die Webportale der SRG SSR |
| Datenerhebung | telefonisch, computergestützt (CATI) Online |
| Art der Stichprobenziehung geschichtet nach | CATI: at random/Geburtstagsmethode im Haushalt Sprachregionen Online: offene Mitmachumfrage |
| Befragungszeitraum | 31. Oktober–7. November 2018 mittlerer Befragungstag: 3. November 2018 |
| Stichprobengrösse | minimal 1400, effektiv 3683 (Cati: 1405, Online: 2278) n DCH: 1432, n FCH: 1627, n ICH: 624 (CATI: n DCH: 703, n FCH: 402, n ICH: 300) (Online: n DCH: 729, n FCH: 1225, n ICH: 324) |
| Stichprobenfehler | ± 1.6 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit) |
| Quotenmerkmale | CATI: Geschlecht/Alter interlocked Online: - |
| Gewichtung nach | Dual-Frame-Gewichtung, Sprache, Siedlungsart, Parteiaffinität, Recall, Teilnahme |
| Befragungsdauer CATI Mittel Standardabweichung | 16.8 Minuten 3.3 Minuten |
| Publikation | 14. November 2018, 6h00 |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018

Die Ergebnisse wurden mit einer MRP-Gewichtung¹ plausibilisiert; diese drängt sich eher bei nicht-repräsentativen Stichproben auf. Entsprechend waren die Auswirkungen auf unsere (repräsentativen) Ergebnisse quantitativ minimal und qualitativ unerheblich.

¹ MRP = Multilevel Regression with Poststratification

2 Ergebnisse

2.1 Vorläufige Teilnahmeabsichten

In der zweiten Umfragewelle haben 46 Prozent der Stimmberchtigten angegeben, bestimmt am Urnengang vom 25. November 2018 teilzunehmen. Dies ist ein Prozentpunkt mehr als bei der ersten Umfrage von Anfang Oktober 2018 und er entspricht ziemlich genau der durchschnittlichen Stimbeteiligung an den Abstimmungssonntagen der letzten Jahre (2011-2017: 46.4% durchschnittliche Teilnahme).

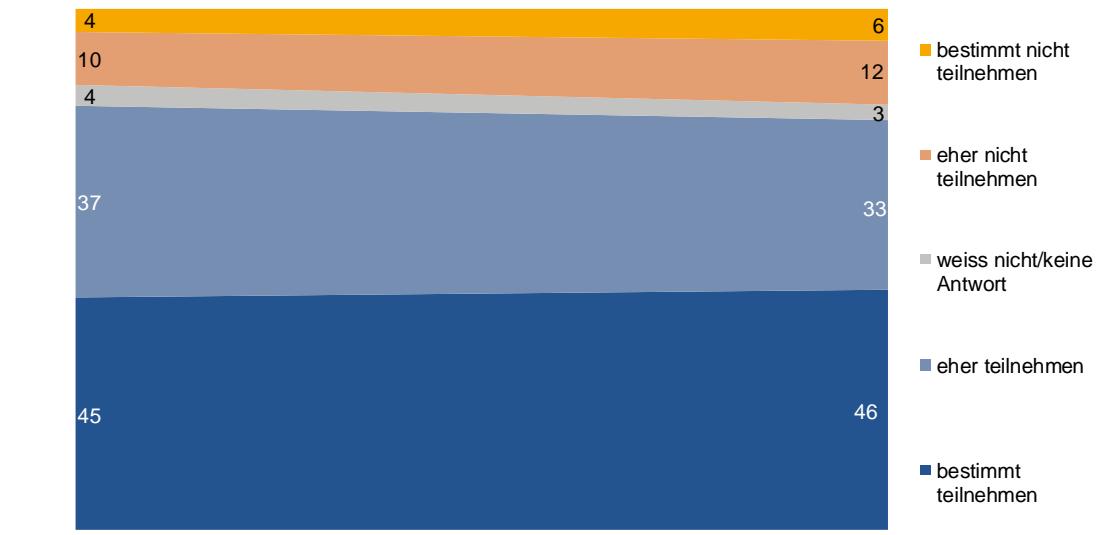
Im Gegensatz zur Durchsetzungsinitiative vom Februar 2016 hat damit von der ersten zur zweiten Umfragewelle (noch) keine überdurchschnittliche Mobilisierung der Gesamtstimmbürgerschaft stattgefunden.

Grafik 11

Trend Teilnahmeabsicht an Abstimmung vom 25. November 2018

"Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?"

in % Stimmberchtigter



7. Oktober 2018

3. November 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (N = 3683)

2.1.1 Profil der Beteiligungswilligen

Die Mobilisierung der Parteiwählerschaften sieht folgendermassen aus: Die linke Seite des politischen Spektrums war zum Zeitpunkt der ersten Umfragewelle bereits stark mobilisiert. Im Falle der Grünen ist diese auf hohem Niveau fast konstant geblieben. Im Falle der SP-Anhängerschaft hat die Teilnahmeabsicht abgenommen.

In der politischen Mitte zeigt sich folgendes Bild: Die CVP-Anhängerschaft ist weiterhin schwach mobilisiert. Neu ist dies auch bei den FDP-Sympathisanten der Fall. Von Ihnen wollen nur noch 30 Prozent "bestimmt" teilnehmen. Auch bleibt die Teilnahmebereitschaft der Parteungebundenen auf tiefem Niveau stabil.

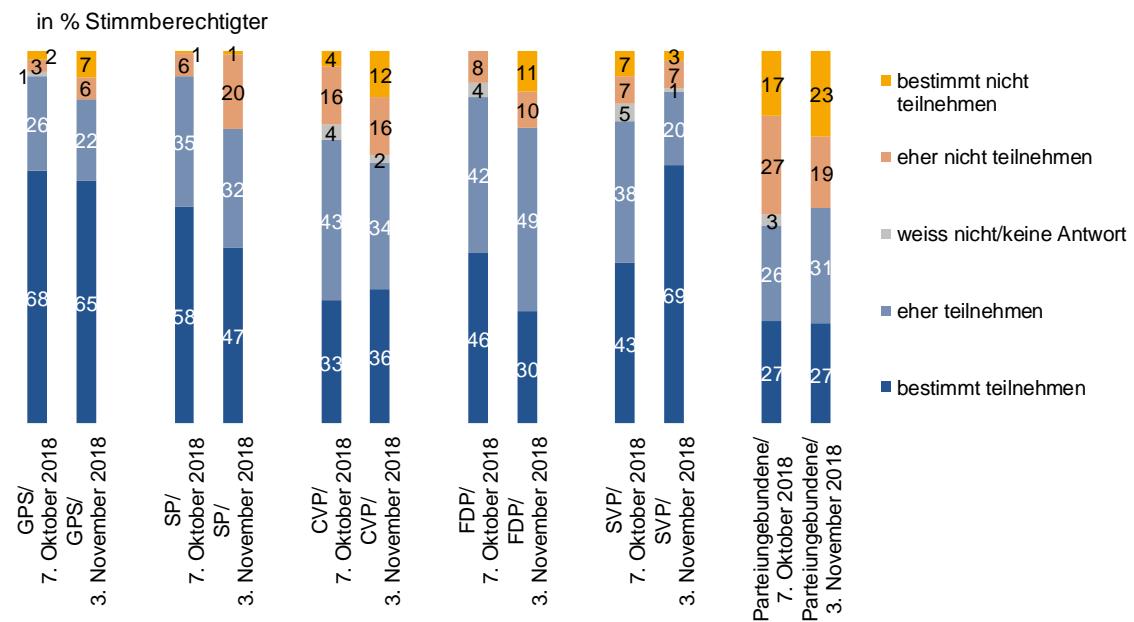
Der einzige Fall einer starken zusätzlichen Mobilisierung ist derjenige der SVP-Sympathisanten. Von Ihnen wollen neu 69 Prozent, und damit mehr als alle anderen Parteianhängerschaften, am Urnengang teilnehmen. Dies entspricht einem Anstieg von 26 Prozentpunkten.

Sowohl die Linke als auch (neu) die Rechte sind momentan also stark mobilisiert, während die politische Mitte und die Parteungebundenen derzeit nur zu einem geringen Teil "bestimmt" an der Abstimmung teilnehmen wollen.

Grafik 12

Trend Teilnahmeabsicht an Abstimmung vom 25. November 2018 nach Parteibindung

"Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?"



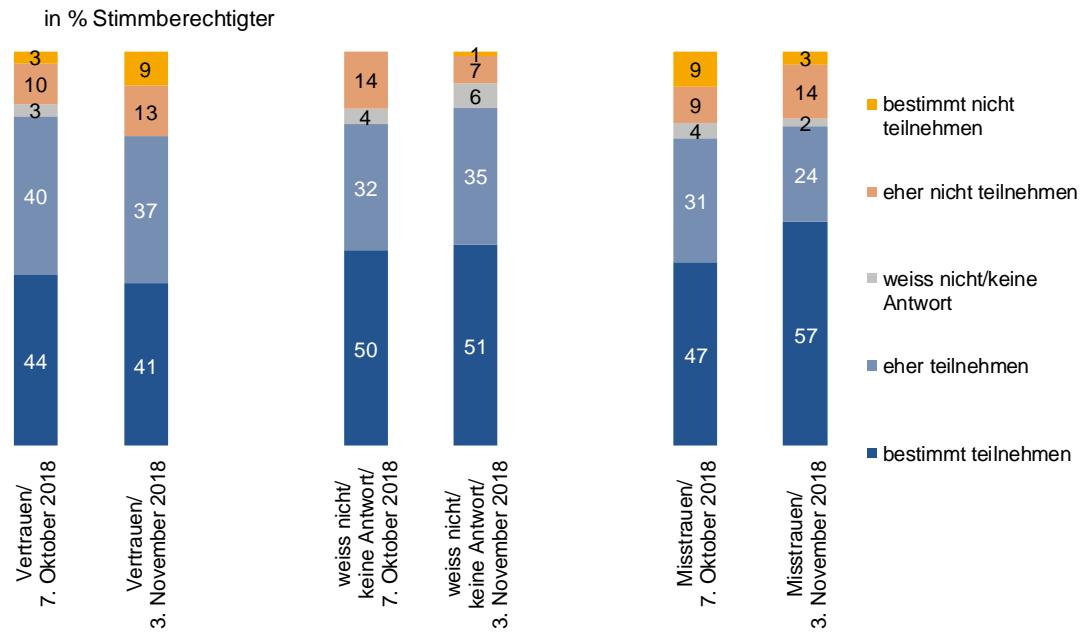
© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (N = 3683)

Stimmbürgern, welche der Regierung grundsätzlich vertrauen, sind weiterhin eher tief mobilisiert (neu 41 Prozent, - 3 Prozentpunkte). Personen, welche davon überzeugt sind, dass die Regierung den Kontakt zum Volk verloren hat ("Misstrauende"), sind hingegen neu deutlich stärker mobilisiert (neu 57 Prozent, + 10 Prozentpunkte). Eine Mehrheit von ihnen will derzeit "bestimmt" am Urnengang teilnehmen. Da SVP-Sympathisanten überdurchschnittlich oft der Regierung misstrauen, entspricht diese Entwicklung derjenigen der Parteisympathisanten (siehe oben).

Grafik 13

Trend Teilnahmeabsicht an Abstimmung vom 25. November 2018 nach Regierungsvertrauen

"Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?"



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (N = 3683)

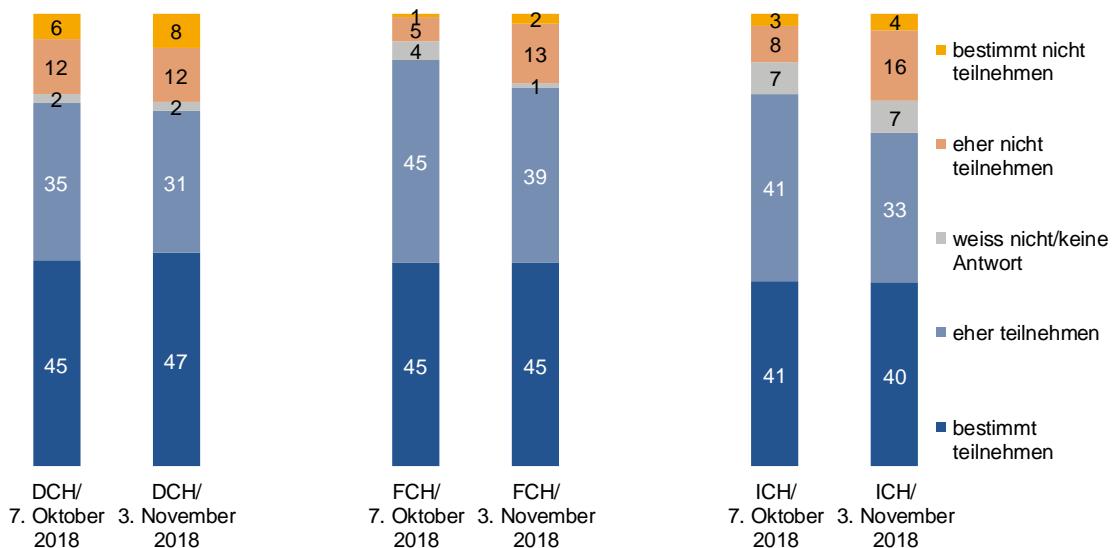
Sehr wenig Veränderung hat sich in Bezug auf die Teilnahmeabsichten der Sprachregionen ergeben. Weiterhin sind die Deutschschweiz und die Westschweiz leicht stärker mobilisiert als die italienischsprachige Schweiz.

Grafik 14

Trend Teilnahmeabsicht an Abstimmung vom 25. November 2018 nach Sprachregion

"Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?"

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (N = 3683)

Ansonsten zeigen sich die bekannten Muster: Frauen, jüngere Personen, sowie Personen mit einer tiefen oder mittleren Schulbildung sind weiterhin weniger mobilisiert als Männer, ältere Personen und solche mit einer hohen Schulbildung.

2.1.2 Stichworte für die Berichterstattung

- Bislang insgesamt durchschnittliche Beteiligungsabsichten, wobei die politische Linke und neu auch die Rechte deutlich stärker mobilisiert ist, als die Stimmbürgerschaft der Mitte-Parteien.
- Ausserdem haben Männer, Personen mit einer hohen Schulbildung und ältere Personen eine überdurchschnittlich hohe Stimmabsicht.
- Speziell 1: SVP-Sympathisanten sind neu sehr stark mobilisiert
- Speziell 2: Regierungsmisstrauische sind neu deutlich stärker mobilisiert als Regierungsvertrauende

2.2 Hornkuh-Initiative

2.2.1 Vorläufige Stimmabsichten

Rund 3 Wochen vor der Abstimmung sind die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei der Hornkuh-Initiative in zwei fast gleichgroße Lager gespalten. Die Ja-Seite hat derzeit zwar noch einen leichten Vorsprung von drei Prozentpunkten, im Gegensatz zur ersten Umfragewelle liegt der Zustimmungswert aber unter der 50 Prozent-Marke. Damit hat die Initiative in der Zeit seit der ersten Umfragewelle ihre absolute Mehrheit eingebüßt.

Damit entspricht der Verlauf der Zustimmungswerte dem Normalfall bei Initiativen: Während die Ja-Seite stagniert, oder tendenziell sogar leicht an Unterstützung verliert, nimmt umgekehrt der Anteil der Stimmbürger, welche der Vorlage ablehnend gegenüberstehen, zu.

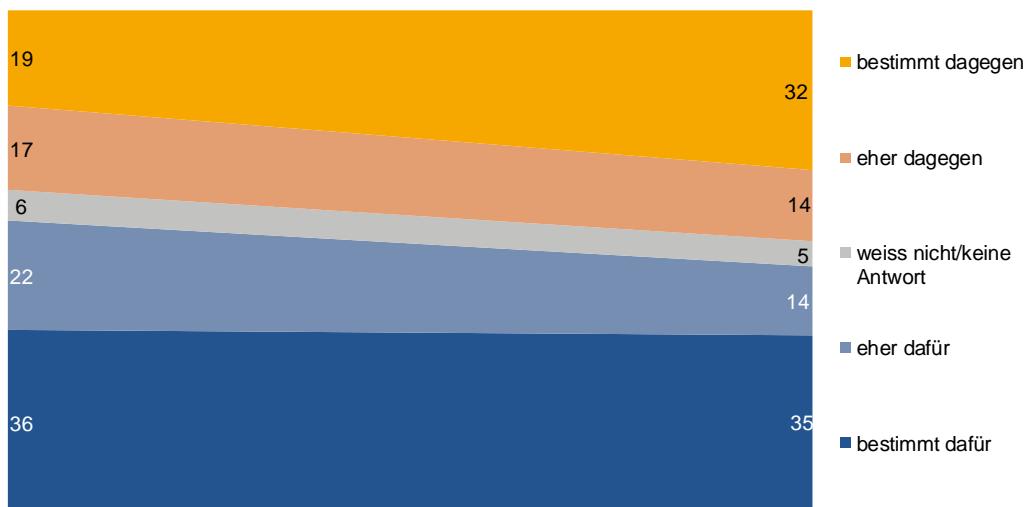
Der Anteil der Befragten, welche fest in die eine oder andere Richtung tendieren, hat im Verlauf des bisherigen Abstimmungskampfes von 55 Prozent auf 67 zugenommen. Im Vergleich zur ersten Umfrage ist die Meinungsbildung damit deutlich weiter fortgeschritten.

Grafik 15

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018: Hornkuh-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Hornkuh-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



7. Oktober 2018

3. November 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

2.2.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Wie bereits in der ersten Umfrage von Anfang Oktober korreliert die Abstimmungsabsicht nicht mit der Links-Rechts Achse des Parteiensystems. Sympathie geniesst die Initiative vor allem am linken und rechten Rand des Parteienspektrums. Sowohl bei den Grünen als auch bei der SVP gibt es immer noch eine absolute Ja-Mehrheit. Ebenso ist weiterhin eine absolute Mehrheit der Parteiunabhängigen für die Initiative.

Bei den SP- und FDP-Anhänger hat die Initiative an Rückhalt verloren und beträgt noch 50 respektive 33 Prozent. Bei den Anhängern der CVP verbleibt der Zustimmungswert bei rund 40 Prozent.

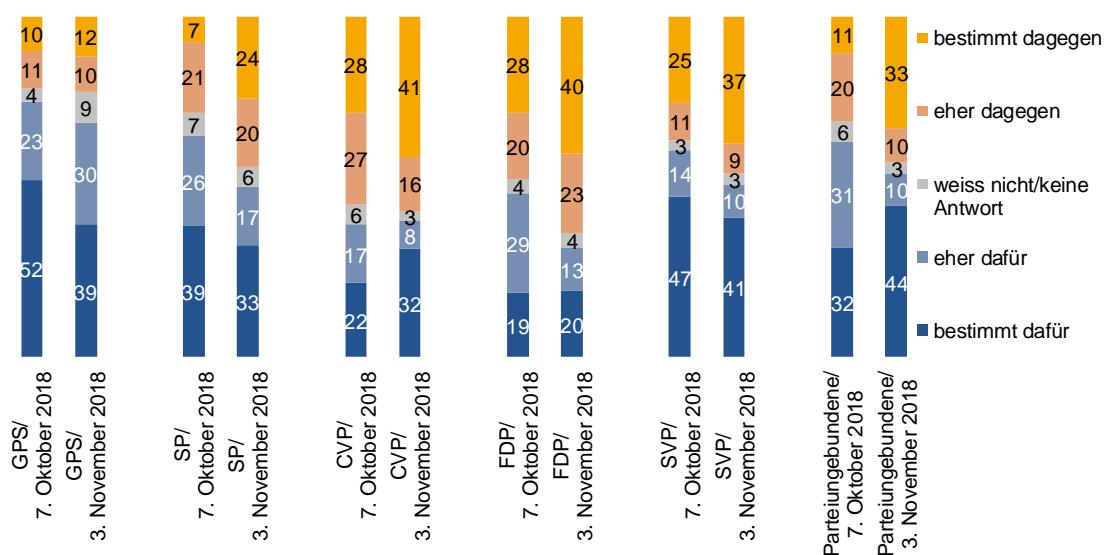
Auffallend an der Entwicklung der Stimmabsichten der Parteianhänger ist ertens, dass die SVP-Anhänger trotz der Nein-Parole der Partei, der Initiative gegenüber immer noch mehrheitlich positiv eingestellt sind. Zweitens, dass die Parteungebundenen bereits sehr gefestigte Meinungen haben (77% bestimmt dafür oder dagegen) und immer noch mehrheitlich klar für die Vorlage sind. Allerdings hat bei den Parteungebundenen seit der ersten Umfragewelle ein Trend hin zum Nein stattgefunden.

Grafik 16

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Parteibindung: Hornkuh-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Hornkuh-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

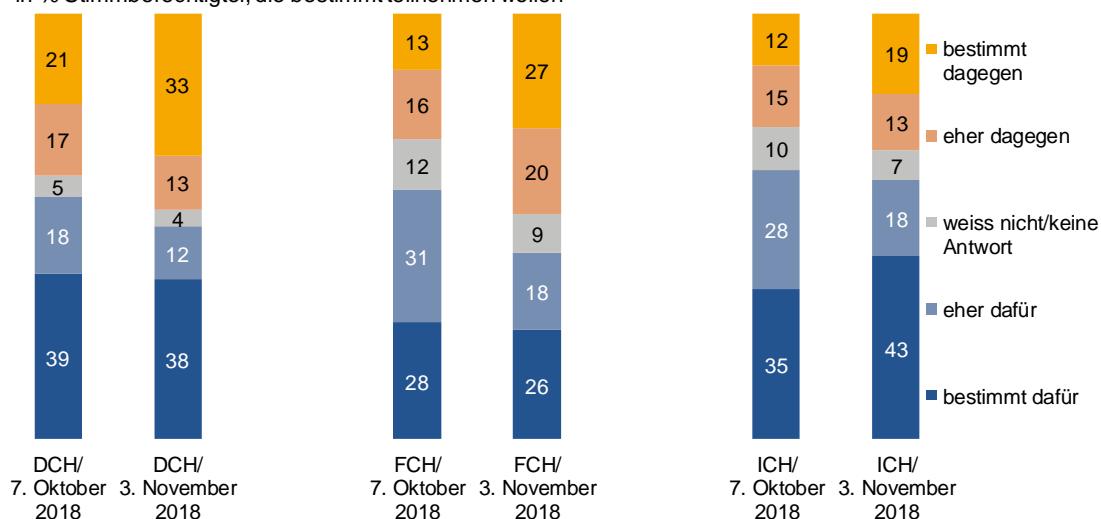
Weiterhin wenig Differenzen zeigen sich in Bezug auf die drei Sprachregionen. Bei jeder der drei Gruppen hat die Vorlage leicht an Zustimmung verloren. Eine absolute Mehrheit für die Initiative gibt es nur noch in der italienischsprachigen Schweiz. In der Deutschschweiz ist nur noch eine relative Mehrheit für die Vorlage, und in der Westschweiz, in welcher die Gegnerschaft am stärksten zugelegt hat, will nun eine relative Mehrheit der Stimmbürger ein Nein in die Urne legen.

Grafik 17

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Sprachregion: Hornkuh-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Hornkuh-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

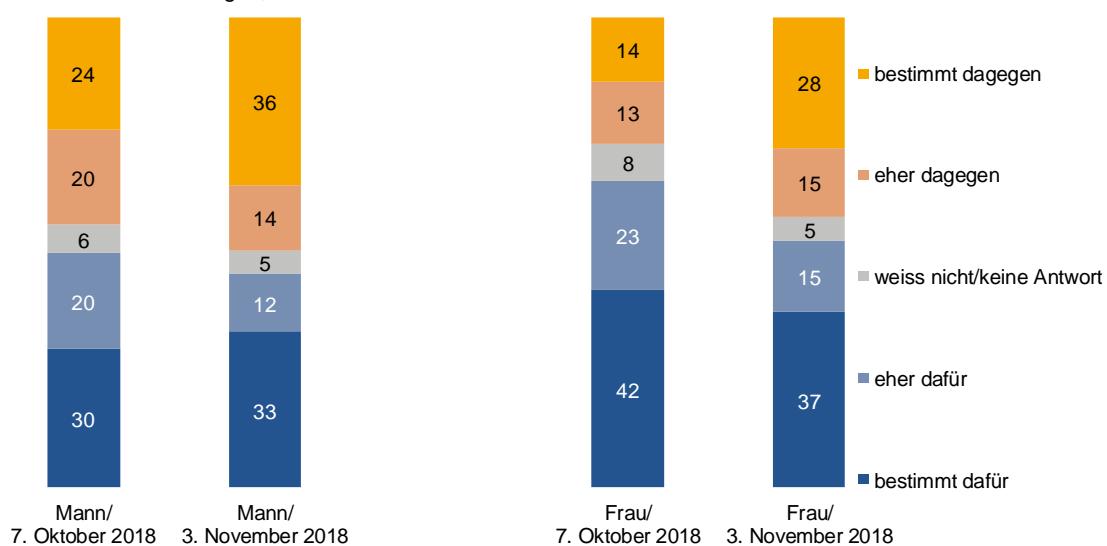
Immer noch erhält die Initiative mehr Unterstützung von Frauen als von Männern. Eine absolute Mehrheit der Frauen ist derzeit für die Initiative, bei den Männern haben die Gegner der Vorlage eine relative Mehrheit. Allerdings hat sich die Geschlechter-Differenz im Vergleich zur ersten Umfragewelle deutlich abgeschwächt.

Grafik 18

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Geschlecht: Hornkuh-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Hornkuh-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

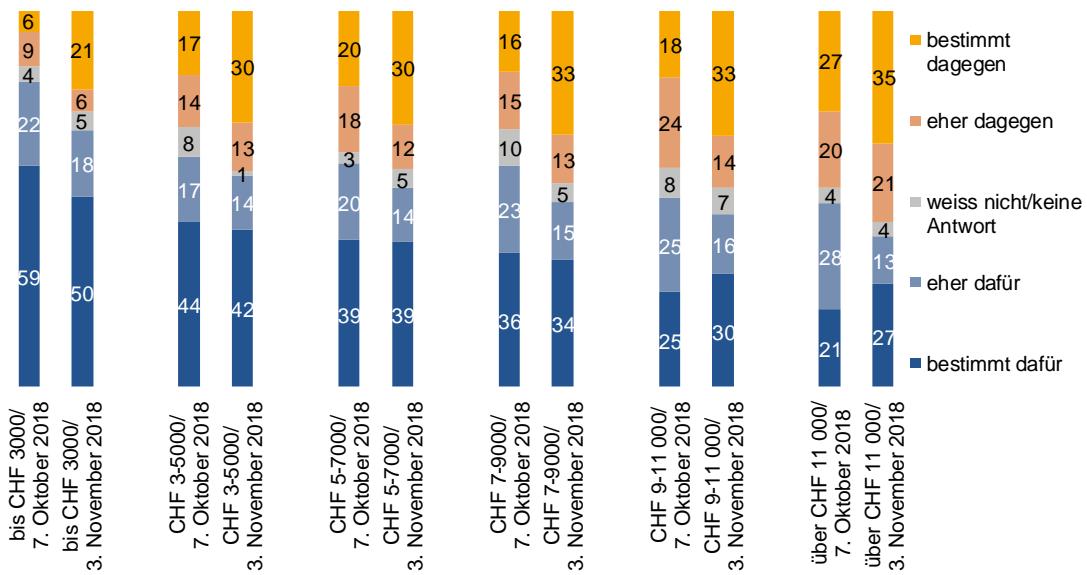
Die Differenzen zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen sind auch in der zweiten Umfragewelle stark ausgeprägt. Personen mit dem tiefsten Haushaltseinkommen stimmen mit beinahe doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit "bestimmt" für die Initiative, als Personen mit dem höchsten Haushaltseinkommen.

Grafik 19

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Haushaltseinkommen: Hornkuh-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Hornkuh-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober-7. November 2018 (n = 2957)

Weiter zeigt sich ein leichter Stadt-Land-Grab. Stimmbürger, welche auf dem Land wohnen, stimmen der Vorlage weniger zu als solche, welche in kleineren und mittleren Agglomerationen oder in städtischen Gebieten wohnen.

Signifikant skeptischer gegenüber der Initiative als ihre Gegengruppen sind ausserdem Personen mit einer höheren Bildung sowie Teilnehmende mit Vertrauen in die Regierung und Personen, die sich selbst auf einer Links-Rechts-Achse als eher rechts verorten.

2.2.3 Argumententest

Wie der Argumententest zeigt, hat vor allem die Ja-Seite weiterhin mehrheitsfähige Botschaften. Das für den Stimmentscheid mit Abstand wichtigste der getesteten Argumente, nämlich dass ein Enthornen für die Tiere mit Schmerz verbunden ist, wird sogar von einem leicht grösseren Teil der Stimmbürgerschaft unterstützt, als dies bei der ersten Umfragewelle der Fall war.

Das zweite Argument, dass es keinen Zwang gibt, sondern durch die Initiative lediglich Anreize geschaffen würden, hat an Zustimmung eingebüßt, wird aber immer noch von 66 Prozent der Befragten gestützt.

Grafik 20

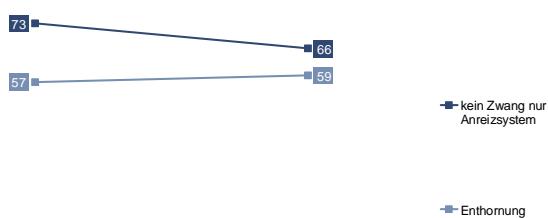
Trend Filter Pro-Argumente Hornkuh-Initiative

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Hornkuh-Initiative immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

kein Zwang nur Anreizsystem "Es geht nicht um ein Verbot der Enthornung sondern um ein Anreizsystem, das den freien Entscheid beim Tierhalter lässt."

Enthornung schmerhaft "Die Enthornung ist für die betroffenen Tiere schmerhaft und im Tier-Altag problematisch."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



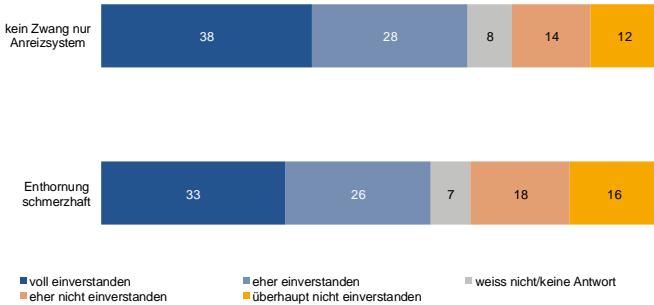
Filter Pro-Argumente Hornkuh-Initiative

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Hornkuh-Initiative immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

kein Zwang nur Anreizsystem "Es geht nicht um ein Verbot der Enthornung sondern um ein Anreizsystem, das den freien Entscheid beim Tierhalter lässt."

Enthornung schmerhaft "Die Enthornung ist für die betroffenen Tiere schmerhaft und im Tier-Altag problematisch."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



7. Oktober 2018

3. November 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Ein weiterhin relevantes Nein-Argument ist, dass die Bauern frei entscheiden können sollen, ob sie ihre Tiere enthornen wollen oder nicht. Sehr wenig Unterstützung in der Stimmbürgerschaft erhält das - vor allem von Bundesrat Schneider-Amman vermittelte - Argument, dass durch die Initiative mehr Kühe angebunden werden müssten. Sehr tiefe 36 Prozent sind dieser Meinung. Damit liegt dieser Wert deutlich unter dem Anteil der Stimmünger, welche Nein stimmen wollen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Stimmbürgerschaft argumentativ weiterhin eher zur Ja- als zur Nein-Seite tendiert. Auch ist diesbezüglich im Gegensatz zu den Stimmabsichten kein Nein-Trend feststellbar.

Grafik 21

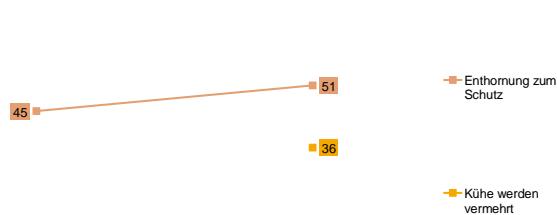
Trend Filter Contra-Argumente Hornkuh-Initiative

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Hornkuh-Initiative immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Enthornung zum Schutz "Die Enthornung dient dem Schutz der Tiere damit sie sich nicht gegenseitig verletzen."

Kühe werden vermehrt angebunden "Mit einer Hörner-Prämie werden Ställe gefordert, wo Kühe die meiste Zeit angebunden sind."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



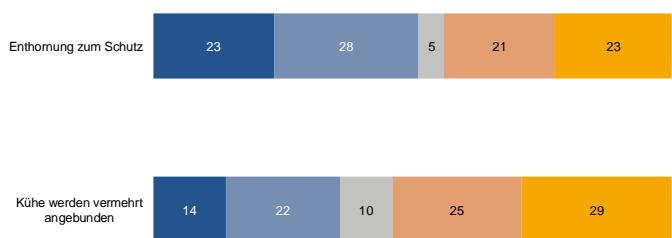
Filter Contra-Argumente Hornkuh-Initiative

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Hornkuh-Initiative immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Enthornung zum Schutz "Die Enthornung dient dem Schutz der Tiere damit sie sich nicht gegenseitig verletzen."

Kühe werden vermehrt angebunden "Mit einer Hörner-Prämie werden Ställe gefordert, wo Kühe die meiste Zeit angebunden sind."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



7. Oktober 2018

3. November 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

2.2.4 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Aufgrund der knappen relativen Ja-Mehrheit der Initiative in der zweiten Umfragewelle, dem Trend zum Nein und den speziellen Umständen des Abstimmungskampfes (keine sichtbare Gegnerschaft, weiterhin starke Unterstützung für die Pro-Argumente) sind folgende zwei Szenarien mit unterschiedlicher Wahrscheinlichkeit für den Abstimmungsausgang denkbar:

Wahrscheinlich ist, dass sich der Nein-Trend fortsetzt, wie dies normalerweise der Fall ist und die Initiative abgelehnt wird.

Mit geringerer Wahrscheinlichkeit tritt der Fall ein, dass die Ja-Seite wegen fehlender Aktivität der Gegenseite bei weiterhin starker Unterstützung für die Pro-Argumente – auch in den redaktionellen Medien – nicht mehr weiter an Zustimmung verliert und die Initiative angenommen wird.

Tabelle 3

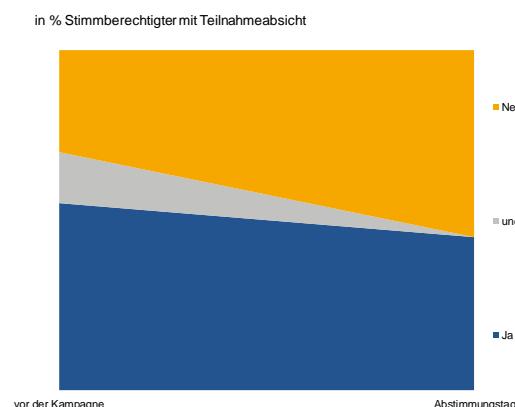
Indikatoren der Einschätzung der Hornkuh-Initiative

| Ausprägung | Parlament | Parolen | Erwartung Stimmende | Index Argumente | Erklärung Argumente R ² | Stimmabsichten | Prädisponierung | Trenderwartung Dispositionsansatz |
|------------|--------------------|--------------------|---------------------|-----------------|------------------------------------|----------------|-----------------|-----------------------------------|
| dafür | NR: 30% SR: 15% | GPS, SP, GLP | 48% | 57% | 49% | Abnahme Ja | | |
| dagegen | NR: 70% SR: 85% | CVP, BDP, FDP, SVP | 28% | 46% | Zunahme Nein oder Stagnation Nein | | | |
| | | | 39% | 67% | | | | |

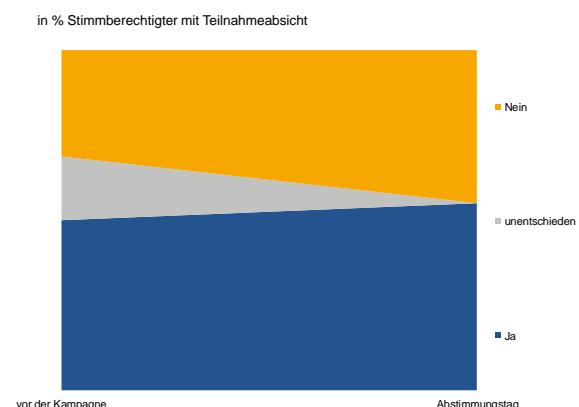
© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Grafik 22

Positiv prädisponierte Initiative mit Mehrheitswandel, Ablehnung



Positiv prädisponierte Initiative ohne Mehrheitswandel, Annahme



© gfs.bern, Campaigning

2.3 Selbstbestimmungs-Initiative

2.3.1 Vorläufige Stimmabsichten

Die Stimmabsichten zur Selbstbestimmungs-Initiative haben sich innert Monatsfrist im befürwortenden, wie auch im ablehnenden Lager verfestigt: Hohe 82 Prozent der Stimmberechtigten mit fester Teilnahmeabsicht äussern eine feste Stimmabsicht.

61 Prozent sind gegen die Selbstbestimmungs-Initiative, 37 Prozent dafür. Der Vorsprung der Nein-Seite wurde über die Hauptkampagnenphase ausgebaut (24 Prozentpunkte, +8).

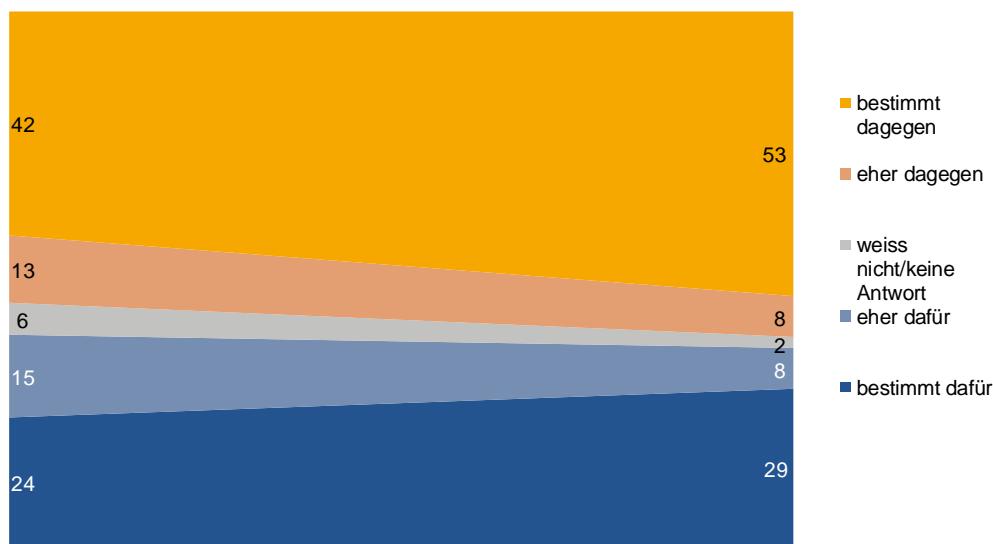
Bemerkenswert und für eine Initiative atypisch ist jedoch, dass sich der Anteil der dezidierten Zustimmung über den Hauptkampagnenverlauf verfestigt hat und das Ja-Lager insgesamt bisher kaum Einbussen zu verbuchen hat.

Grafik 23

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018: Selbstbestimmungs-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Selbstbestimmungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



7. Oktober 2018

3. November 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Der Trend der Meinungsbildung geht damit leicht zum Nein, der Abstimmungskampf läuft jedoch noch bis zur Urnenschliessung am 25. November.

Fragt man die teilnahmewilligen Stimmberechtigten direkt nach dem Abstimmungsausgang, gehen sie von einer Ablehnung der Initiative an der Urne aus. Der Nein-Anteil wird auf 53 Prozent geschätzt.

2.3.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Das Konfliktmuster der Selbstbestimmungsinitiative ist primär politisch gekennzeichnet. Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich entlang der Parteibindung und des Regierungsvertrauens. Außerdem finden sich beschränkte regionale und soziodemografische Effekte.

Die bereits in der Ausgangslage hohe Zustimmung im SVP-Umfeld hat sich weiter verfestigt: 87 Prozent der SVP-Wählerschaft hätten am 3. November 2018 für die parteieigene Initiative gestimmt. Die SVP-Wählerschaft ist damit weitestgehend auf Parteikurs.

Ansonsten ist der Ja-Anteil nur bei einer weiteren Wählergruppe angestiegen: bei den Parteiungebundenen. Gleichzeitig ist in diesem Umfeld aber auch der Nein-Anteil angestiegen, so dass es bei mehrheitlicher Ablehnung bleibt.

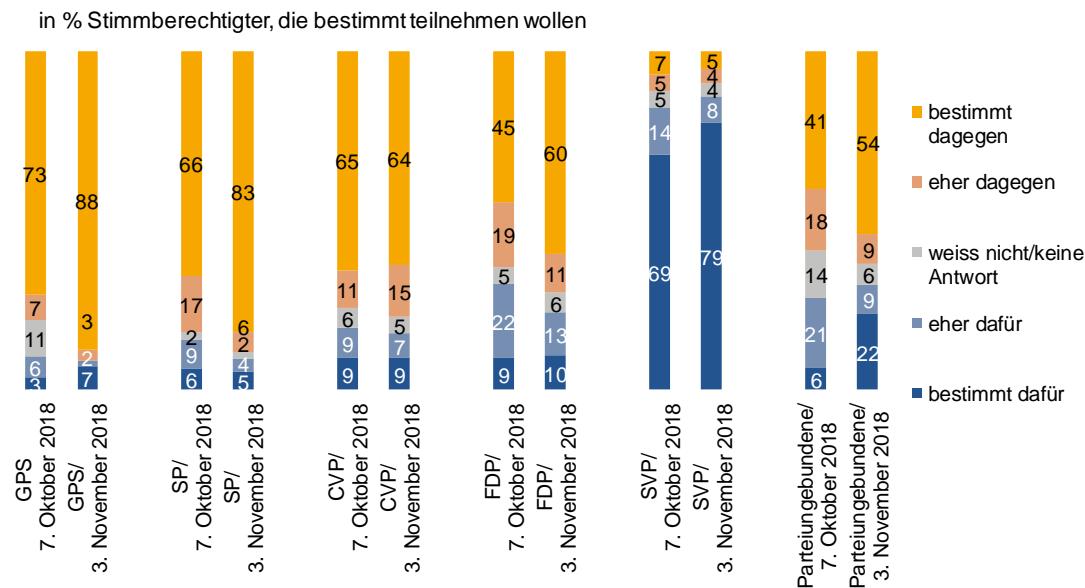
In allen anderen Wählergruppen fiel der Trend der Meinungsbildung jedoch einseitig zugunsten des Nein aus, womit es bei mehrheitlich ablehnenden Voten aus den Reihen der Grünen, der SP, der CVP und der FDP bleibt.

Alle Wählergruppen sind damit im Einklang mit den Parolen ihrer jeweiligen Parteispitzen und es zeichnen sich keine Elite-Basis-Konflikte ab.

Grafik 24

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Parteibindung: Selbstbestimmungs-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Selbstbestimmungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

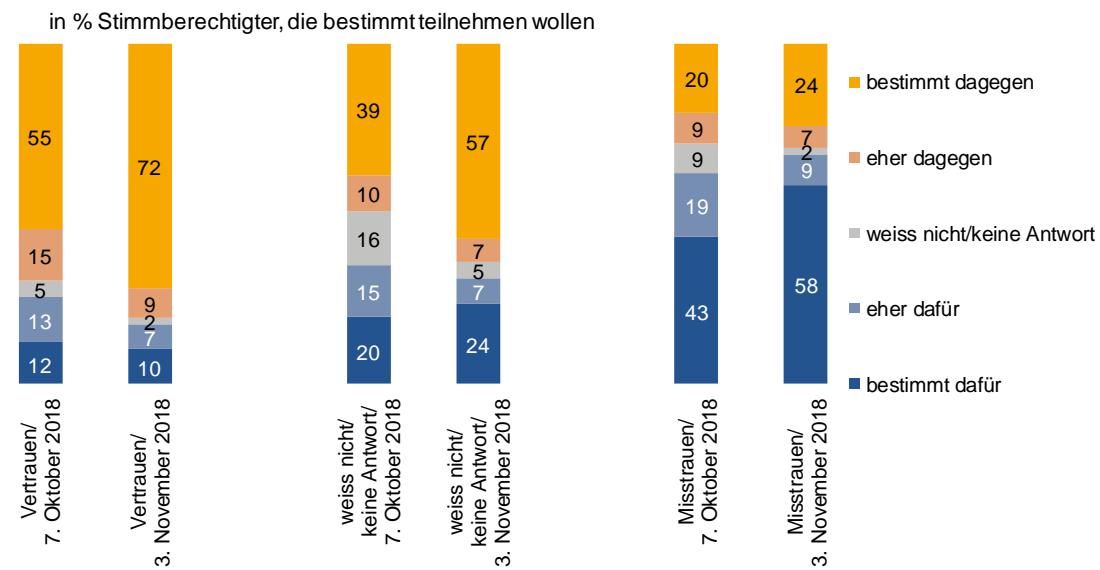
Mehr als deutlich bestätigen sich unterschiedliche Auffassungen zur Selbstbestimmungs-Initiative entlang des Regierungsvertrauens/-misstrauens. Regierungsmissbrausische Bürgerinnen und Bürger sind klar für die Initiative, Vertrauende ebenso klar dagegen. Die Hauptkampagne hat beide Gruppen in ihrer jeweiligen Ansicht bestätigt.

Teilnahmewillige, die sich punkto Regierungsvertrauen nicht festlegen können oder wollen, wurden vom allgemeinen Nein-Trend erfasst und stehen nun mehrheitlich auf der ablehnenden Seite.

Grafik 25

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Regierungsvertrauen: Selbstbestimmungs-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Selbstbestimmungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

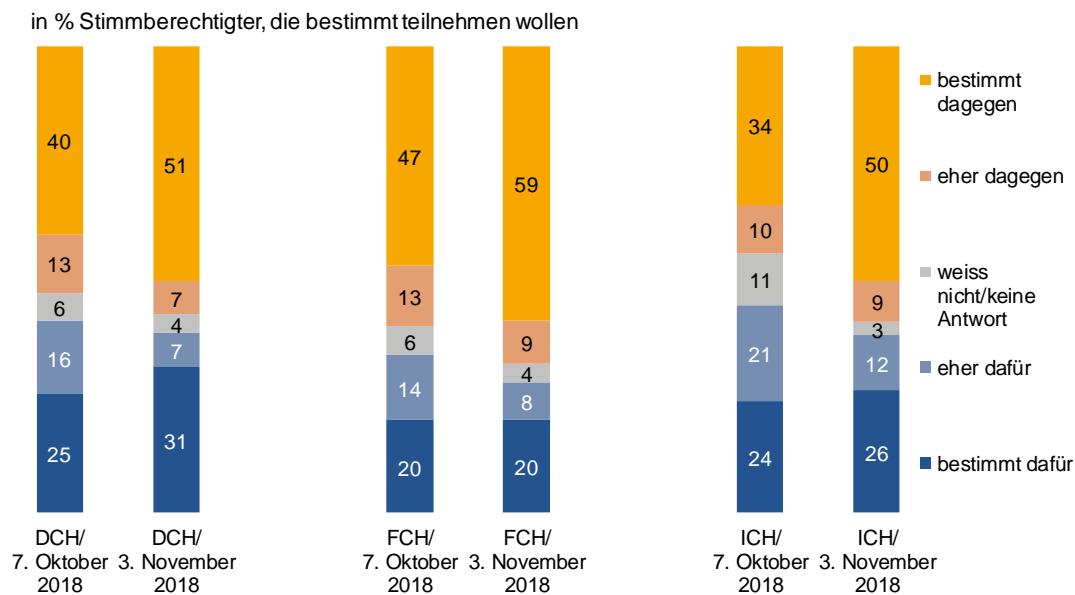
Neben den genannten Gruppen sind in der zweiten Umfrage keine weiteren Mehrheiten im Ja zu finden. Die ursprüngliche Zustimmung von tiefen Einkommens- und Bildungsgruppen ist aufgrund des Nein-Trends weggebrochen.

Die Trends in den Sprachräumen der Schweiz folgen dagegen dem allgemeinen Muster und gehen zum Nein. Am deutlichsten bleibt dabei das "Non" aus der Westschweiz. Das Ja-Potenzial liegt in der Deutschschweiz und im italienischsprachigen Sprachraum rund 10 Prozent höher. Das Nein erweist sich damit als flächendeckend, auch wenn man die Stimmabsichten in den Siedlungsräumen betrachtet.

Grafik 26

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Sprachregion: Selbstbestimmungs-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Selbstbestimmungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

2.3.3 Argumententest

Argumentativ können die Initianten auf zwei starke Pfeiler bauen: dass die Menschenrechte und das zwingende Völkerrecht bereits per Verfassung gelten, und dass das Schweizer Stimmvolk entscheiden soll, was in der Schweiz gelte.

Es bleibt jedoch lediglich bei zwei von vier getesteten mehrheitsfähigen Pro-Argumenten. Dass die Initiative Rechtssicherheit schaffe und die laufende Ausweitung von internationalen Verträgen gestoppt werden müsse, wird von Mehrheiten verworfen. Dynamisch betrachtet ist dabei kaum Bewegung festzustellen.

Grafik 27

Filter Pro-Argumente Selbstbestimmungs-Initiative

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Selbstbestimmungs-Initiative immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

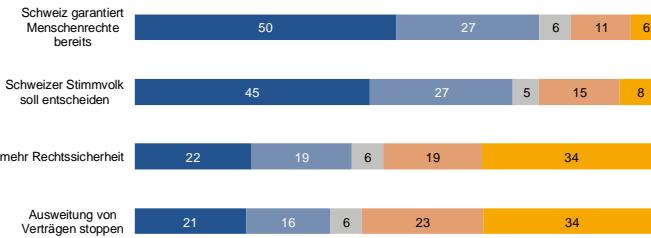
Schweiz garantiert Menschenrechte bereits "Die Schweiz garantiert die Menschenrechte und das zwingende Völkerrecht bereits, denn sie sind Teil der Verfassung."

Schweizer Stimmvolk soll entscheiden "Was in der Schweiz gilt, soll das Schweizer Stimmvolk entscheiden."

mehr Rechtssicherheit "Wenn klar feststeht, dass Landesrecht vor internationalem Recht steht, führt das zu mehr Rechtssicherheit und Stabilität."

Ausweitung von Verträgen stoppen "Der Geltungsbereich von internationalen Verträgen wird laufend ausgeweitet. Dieser Prozess muss gestoppt werden."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



■ voll einverstanden
■ eher einverstanden
■ weiss nicht/keine Antwort
■ überhaupt nicht einverstanden
■ eher nicht einverstanden

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Trend Filter Pro-Argumente Selbstbestimmungs-Initiative

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Selbstbestimmungs-Initiative immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Schweiz garantiert Menschenrechte bereits "Die Schweiz garantiert die Menschenrechte und das zwingende Völkerrecht bereits, denn sie sind Teil der Verfassung."

Schweizer Stimmvolk soll entscheiden "Was in der Schweiz gilt, soll das Schweizer Stimmvolk entscheiden."

mehr Rechtssicherheit "Wenn klar feststeht, dass Landesrecht vor internationalem Recht steht, führt das zu mehr Rechtssicherheit und Stabilität."

Ausweitung von Verträgen stoppen "Der Geltungsbereich von internationalen Verträgen wird laufend ausgeweitet. Dieser Prozess muss gestoppt werden."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



7. Oktober 2018

3. November 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Eher noch ist in den Ansichten zu den Contra-Ansichten Bewegung festzustellen, doch auch dies nicht übermäßig. Die Initiativ-Gegnerschaft überzeugt eine leicht gesunkene Mehrheit, wenn sie argumentiert, dass das Stimmvolk bereits heute bei wichtigen Fragen entscheide. Auch wenn sie ins Feld führt, dass die Initiative die Beziehungen zum Ausland gefährde, respektive den Ruf der Schweiz als verlässlicher Handelspartner aufs Spiel setze, überzeugt sie (stabile) Mehrheiten. Etwas mehr als vor einem Monat überzeugt die Argumentation über den drohenden Austritt aus der Menschenrechtskonvention, die Meinungen bleiben jedoch in diesem Punkt gespalten.

Grafik 28

Filter Contra-Argumente Selbstbestimmungs-Initiative

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Selbstbestimmungs-Initiative immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

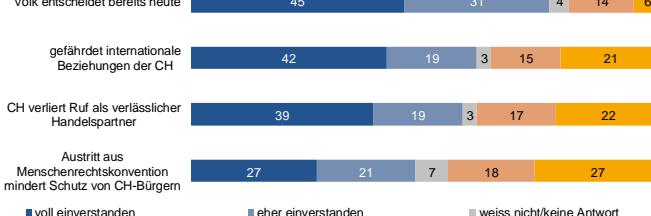
Volk entscheidet bereits heute "Die Schweiz schliesst internationale Verträge in eigenem Interesse ab und das Volk entscheidet bereits heute bei wichtigen Fragen."

gefährdet internationale Beziehungen der CH "Die Initiative gefährdet unsere stabilen vertraglichen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland."

CH verliert Ruf als verlässlicher Handelspartner "Muss die Schweiz Verträge brechen oder kündigen verliert sie ihren Ruf als verlässlichen Verhandlungspartner."

Austritt aus Menschenrechtskonvention mindert Schutz von CH-Bürgern "Bei einem Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention würden Schweizer Bürger und Unternehmen den Schutz vor willkürlichen Entscheidungen verlieren."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



■ voll einverstanden
■ eher einverstanden
■ weiss nicht/keine Antwort
■ überhaupt nicht einverstanden
■ eher nicht einverstanden

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Trend Filter Contra-Argumente Selbstbestimmungs-Initiative

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Selbstbestimmungs-Initiative immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Volk entscheidet bereits heute "Die Schweiz schliesst internationale Verträge in eigenem Interesse ab und das Volk entscheidet bereits heute bei wichtigen Fragen."

gefährdet internationale Beziehungen der CH "Die Initiative gefährdet unsere stabilen vertraglichen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland."

CH verliert Ruf als verlässlicher Handelspartner "Muss die Schweiz Verträge brechen oder kündigen verliert sie ihren Ruf als verlässlichen Verhandlungspartner."

Austritt aus Menschenrechtskonvention mindert Schutz von CH-Bürgern "Bei einem Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention würden Schweizer Bürger und Unternehmen den Schutz vor willkürlichen Entscheidungen verlieren."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



7. Oktober 2018

3. November 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Werden die Haltungen einer Personen zu den acht hier getesteten Argumenten verwendet, um einen Stimmentscheid vorauszusagen, liegt man in 72 Prozent der Fälle richtig mit dieser Einschätzung. Dieser Wert ergibt sich aus der multivariaten Regressionsanalyse (R^2). In annähernd drei Viertel aller Fälle kann man also korrekt voraussagen, wie jemand stimmen würde, wenn man einzige die Haltung dieser Person zu den Argumenten kennt. Das entspricht einem

hohen Wert und der zeigt, dass Stimmenscheide zur Selbstbestimmungsinitiative keine Bauchentscheide sind.

Ein Nein zur Selbstbestimmungs-Initiative kann am besten anhand der Meinung zum Argument der Gefährdung der internationalen Beziehungen oder des Rufverlusts als Handelspartner erklärt werden. Ein Ja am besten anhand der Haltung zur Rechtssicherheit und des Stoppons der laufenden Vertragsausweitungen.

2.3.4 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Aktuell würden 61 Prozent der teilnahmewilligen Bürgerinnen und Bürger gegen die Selbstbestimmungs-Initiative stimmen. 37 Prozent wären dafür. Der Trend der Meinungsbildung verlief zum Nein.

Die Stimmabsichten sind im Einklang mit der Erwartungshaltung zum Abstimmungsausgang: Im Mittel schätzen sie einen Nein-Anteil von 53 Prozent für den 25. November 2018.

Die argumentative Verankerung der Stimmabsichten ist hoch, ebenso die Prädisponierung. Die Meinungsbildung ist damit negativ geprägt und fortgeschritten. Die breiten Kampagnen beider Seiten scheinen ihre Wirkung bereits erreicht zu haben.

Tabelle 4

Indikatoren der Einschätzung der Selbstbestimmungs-Initiative

| Ausprägung | Parlament | Parolen | Erwartung Stimmende | Index Argumente | Erklärung Argumente R ² | Stimmabsichten | Prädisponierung | Trend erwartung Dispositionsansatz |
|------------|--------------------|-----------------------------|------------------------|-----------------|---------------------------------------|----------------|-----------------|---------------------------------------|
| dafür | NR: 35% SR: 14% | SVP | 47% | 41% | | 37% | | Abnahme oder Stagnation Ja |
| dagegen | NR: 65% SR: 86% | GPS, SP, GLP, BDP, CVP, FDP | | 53% | | 61% | | Zunahme Nein |
| | | | | | | | | 72% 82% |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

Was bis zum 25. November 2018 noch alles geschieht, können wir nicht abschliessend vorwegnehmen. Die Szenarien der weiteren Meinungsbildung lassen sich aber eingrenzen.

Zuerst theoretisch aufgrund des Dispositionsansatzes: Dieses Gerüst lehrt uns, dass die Ablehnungsbereitschaft einer Volksinitiative in aller Regel mit dem Abstimmungskampf steigt. Der Normalfall tritt nur dann nicht ein, wenn es zu einer eigentlichen Protestabstimmung kommt. Gleichzeitig sinkt im Regelfall die Zustimmungstendenz. Der vorgefundene Trend, wie er sich auch in den allermeisten Untergruppen zeigt, spricht klar für dieses Regelfallszenario.

Ist dieser Nein-Trend erst einmal im Gange, lässt er sich erfahrungsgemäss kaum noch abwenden. Die Festigkeit des vorgefundenen Meinungsbildes schränkt den Spielraum für einen Wechsel der Mehrheitsverhältnisse zusätzlich ein.

Grundsätzlich ist aufgrund der Datenlage und der vorgefundenen Trends die Ablehnung der Selbstbestimmungs-Initiative am 25. November 2018 unter gleichbleibenden Bedingungen klar das wahrscheinlichste Szenario. Offengelassen werden muss, wie die Stimmenverhältnisse im Detail ausfallen werden.

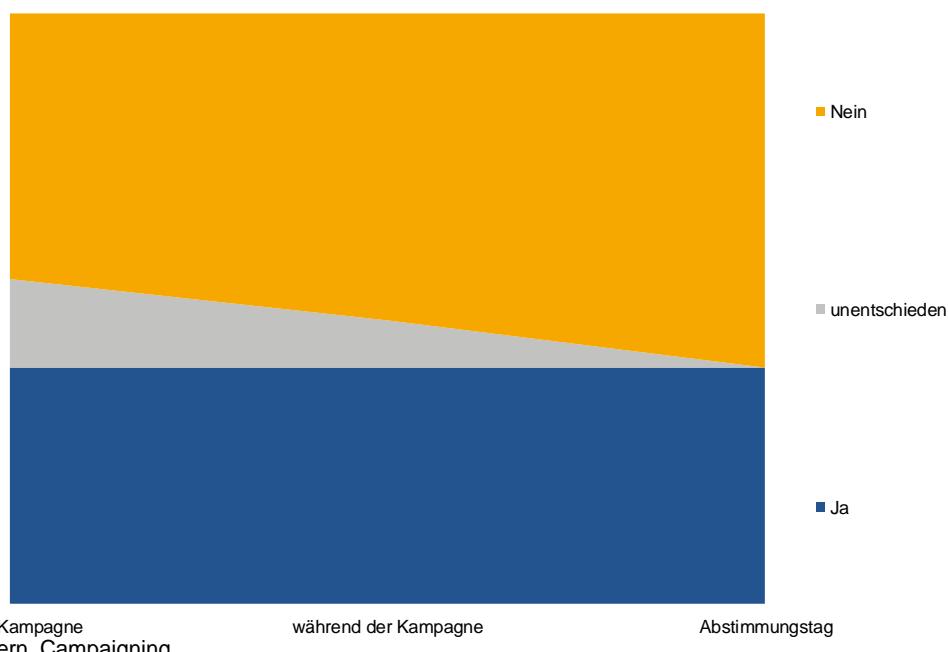
Dafür, dass wir es mit einem Regelfall der Meinungsbildung zu tun haben, spricht neben dem Nein-Trend die lediglich moderate Entwicklung der Teilnahmeabsichten.

Im Ausnahmefall der Meinungsbildung zu einer Initiative kommt es nämlich mit Initiativentscheidung zu einem Tabubruch und es entsteht eine Proteststimmung. Die Zusammensetzung der Teilnahmewilligen ändert sich dann zugunsten der Initiative oder es entsteht ein kurzfristiger Meinungswandel im Sinne des Zeichensetzens. Dafür finden wir aktuell nur sehr schwache Anzeichen. Nicht ausgeschlossen werden kann jedoch ein Ereignis, dass die Kraft hat, die Stimmungslage zu kippen und diese erwähnte Proteststimmung noch herbeizuführen.

Grafik 29

Negativ prädisponierte Initiative ohne Mehrheitswandel, Ablehnung

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



vor der Kampagne
© gfs.bern, Campaigning

während der Kampagne

Abstimmungstag

2.4 Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts

2.4.1 Vorläufige Stimmabsichten

Drei Wochen vor der Abstimmung würden die Teilnehmenden unter den Stimmberechtigten die Überwachung Sozialversicherter annehmen. Die Anteile haben sich gegenüber der ersten Befragung leicht in Richtung Ja verschoben, wenn man auf addierten Zustimmungen oder Ablehnungen abstellt. Gefestigt hat sich im Monatsverlauf vor allem der Anteil, der bestimmt dafür stimmen will. Er macht mittlerweile 43 Prozent aus. 72 Prozent der Personen mit Teilnahmabsicht rechnen noch deutlicher mit einer Annahme der Vorlage, im Mittel rechnen sie mit einem Ja-Anteil von 55 Prozent. Zusammen mit dem leichten Ja-Trend bei den Stimmabsichten bestätigt dies den Eindruck guter Annahmehandlungen der Revision.

Grafik 30

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018: Überwachung Sozialversicherte

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



7. Oktober 2018

3. November 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

2.4.2 Vorläufiges Konfliktmuster

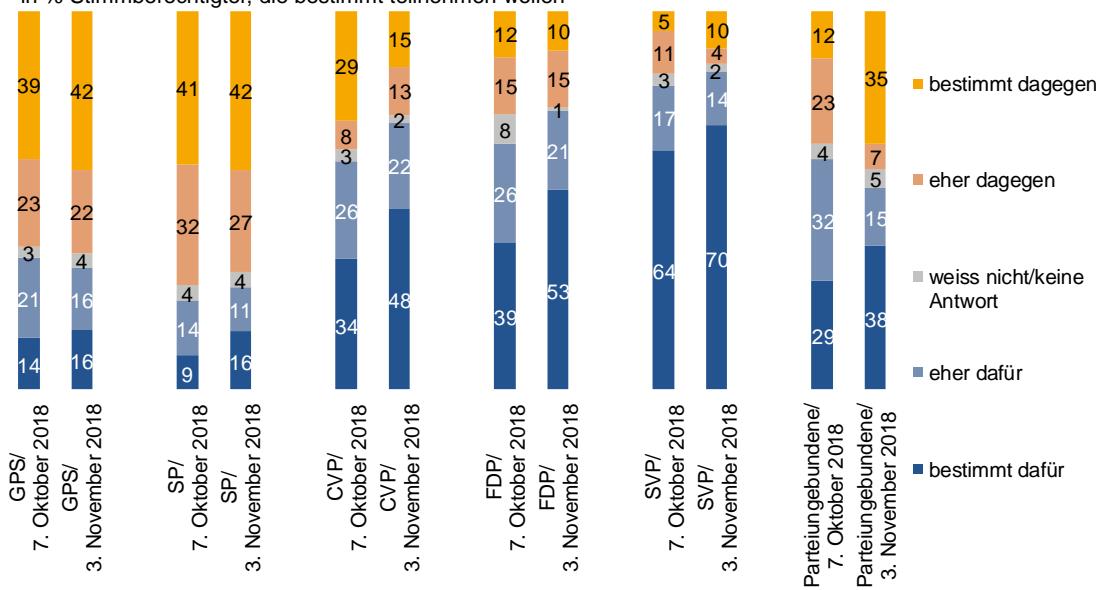
Die Anhängerschaften linker Parteien bleiben die einzigen gesellschaftlichen Gruppen, die mehrheitlich Nein stimmen wollen. Links hat die Debatte im letzten Monat wenig verändert. Bei allen Parteien von Mitte und Rechts festigen sich die Annahmechancen. Etwas anders sieht es bei den Parteiungebundenen aus. Dort hat sich zuletzt etwas mehr Skepsis zur Vorlage breitgemacht, die auch inhaltlich begründet ist.

Grafik 31

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Parteibindung: Überwachung Sozialversicherte

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

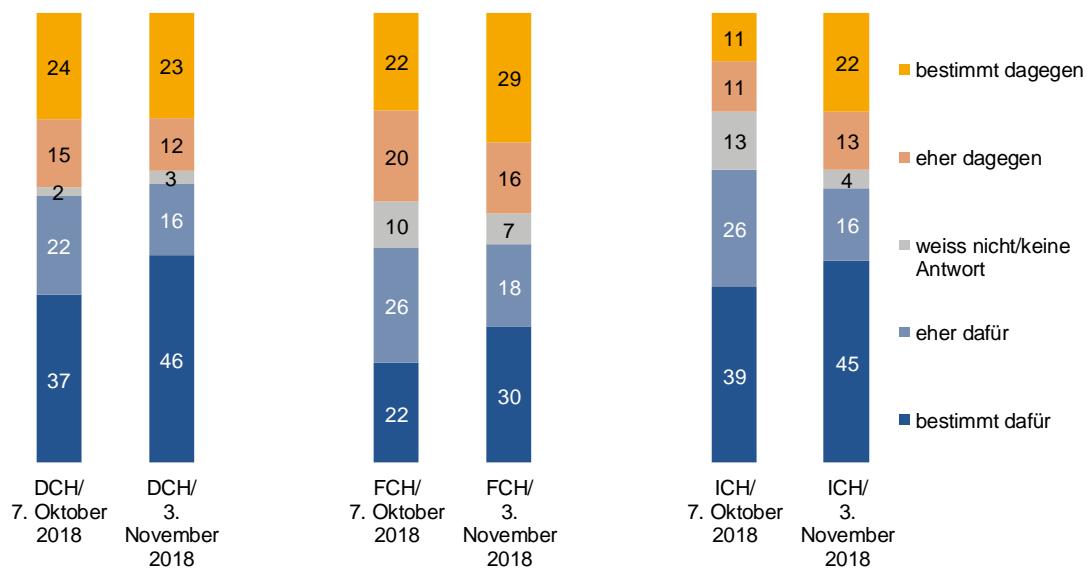
Die Konfliktsituation in den Sprachregionen ist schwach ausgeprägt. In der französischsprachigen Schweiz ist aber die Neigung zum Nein unverändert deutlicher als in den beiden anderen Sprachregionen. Die Schlusskampagne wird entscheiden, wie die Mehrheiten hier zu liegen kommen. Ablehnungen in einzelnen Kantonen der französischsprachigen Schweiz erscheinen möglich. Die Fallzahlen der Befragungen lassen aber keine klaren Aussagen auf Ebene der Kantone zu.

Grafik 32

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Sprachregion: Überwachung Sozialversicherte

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

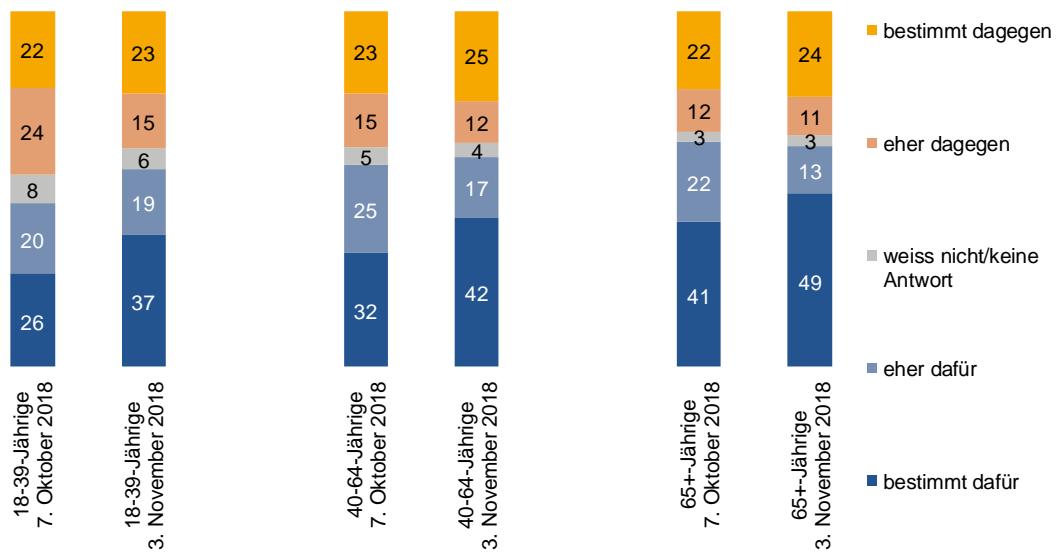
In der ersten Befragung waren Jüngere mit dem Gesetz deutlich kritischer als Ältere. Zwar sind in Bezug auf Datenschutzthemen Junge in der Ausgangslage offenbar sensibilisierter. Wie beim Nachrichtendienstgesetz bereits einmal beobachtet, führt aber die Auseinandersetzung mit der Vorlage und die Kampagneninformationen gerade bei den Jüngeren zu einer deutlichen Angleichung an die Behördenposition und relativiert Datenschutzbedenken. Damit zeichnet sich auch beim Gesetz zur Überwachung Sozialversicherter kein namhafter Generationenkonflikt ab.

Grafik 33

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Alter: Überwachung Sozialversicherte

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

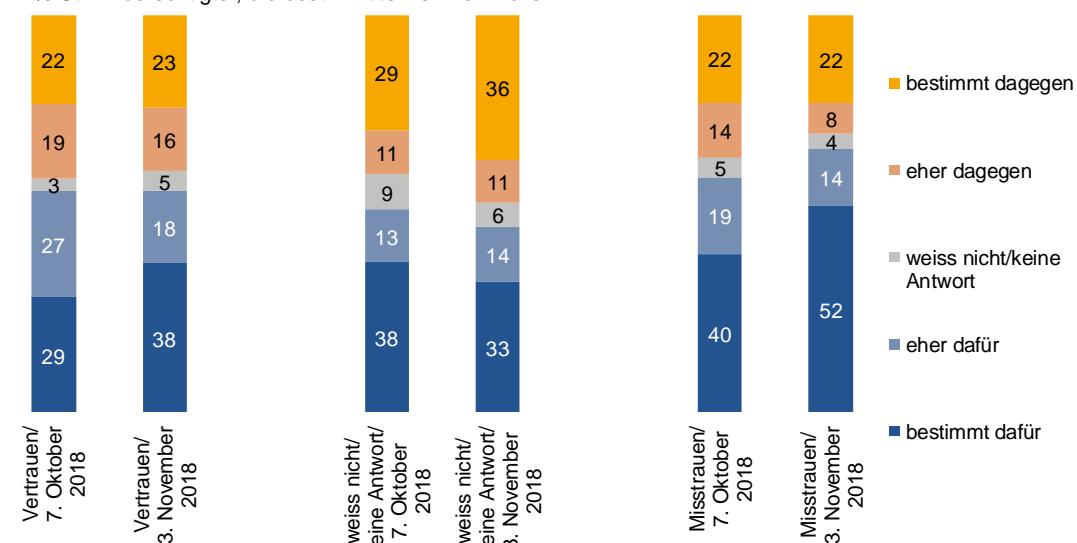
Aussergewöhnlich sind die Stimmabsichten entlang des Regierungsvertrauens. Gerade Personen mit weniger Vertrauen in die Regierung wollen dieser Form der Überwachung eher zustimmen als Personen, die der Regierung in der Regel vertrauen. Dieser Eindruck hat sich gegenüber dem Oktober sogar noch verstärkt.

Grafik 34

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 25. November 2018 nach Regierungsvertrauen: Überwachung Sozialversicherte

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

2.4.3 Argumententest

Die Stimmentscheide zur Gesetzesrevision sind basierend auf unserer Wirkungsanalyse zwischenzeitlich inhaltlich gut abgestützt und die Meinungsbildung damit fortgeschritten. Werden die Haltungen einer Person zu den sechs getesteten Argumenten verwendet, um einen Stimmentscheid vorauszusagen, liegt man in 68 Prozent der Fälle richtig. Dieser vergleichsweise hohe Wert ergibt sich aus der multivariaten Regressionsanalyse, die wir zur Wirkungsanalyse der Argumente nutzen.

Alle drei getesteten Argumente für die Gesetzesrevision überzeugen eine Mehrheit der Personen mit Teilnahmeabsicht. Die Ja-Argumente zur Vorlage werden praktisch gleich beurteilt wie im Vormonat. Sie sind alle auch deutlich wirksam auf die Meinungsbildung. Am meisten überzeugend wirkt die klare Regelung der Überwachung über ein Gesetz, womit auch Versicherte geschützt werden.

Grafik 35

Filter Pro-Argumente Überwachung Sozialversicherte

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Sozialversicherungsbetrag wirksam bekämpfen "Betrag in den Sozialversicherungen muss wirksam bekämpft werden. Als letztes Mittel hat sich die Überwachung von Versicherten bewährt."

starkt Akzeptanz von Versicherungsleistungen "Missbrauch in den Sozialversicherungen mit Überwachung zu bekämpfen, stärkt die Akzeptanz dieser Versicherungsleistungen in der Bevölkerung."

regelt Überwachung klar "Das neue Gesetz schützt die Versicherten, weil es die Überwachung klar regelt und ihr auch Grenzen setzt."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



■ voll einverstanden
■ eher nicht einverstanden
■ überhaupt nicht einverstanden
■ weiss nicht/keine Antwort

Trend Filter Pro-Argumente Überwachung Sozialversicherte

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Sozialversicherungsbetrag wirksam bekämpfen "Betrag in den Sozialversicherungen muss wirksam bekämpft werden. Als letztes Mittel hat sich die Überwachung von Versicherten bewährt."

starkt Akzeptanz von Versicherungsleistungen "Missbrauch in den Sozialversicherungen mit Überwachung zu bekämpfen, stärkt die Akzeptanz dieser Versicherungsleistungen in der Bevölkerung."

regelt Überwachung klar "Das neue Gesetz schützt die Versicherten, weil es die Überwachung klar regelt und ihr auch Grenzen setzt."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



■ Sozialversicherungsbetrag wirksam bekämpfen



■ starkt Akzeptanz von Versicherungsleistungen



■ regelt Überwachung klar

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

7. Oktober 2018

3. November 2018

Die Nein-Seite kann nur noch mit zwei von drei mehrheitlich akzeptierten Argumenten aufwarten. Die Bedenken zur Privatsphäre sind nicht mehr mehrheitlich abgestützt. Stellt man auf die Wirkung ab, wäre genau dies aber das wirksamste Argument der Gegenseite. Auch die Akzeptanz der anderen beiden Argumente mit Bezug zur Rolle der Privatdetektive oder zu den Versicherungen erodiert recht deutlich. Sie sind für die Meinungsbildung aber am wenigsten relevant.

Grafik 36

Filter Contra-Argumente Überwachung Sozialversicherte

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

nicht mehr Rechte für Privatdetektive als für Polizei "Privatdetektive dürfen nicht mehr Rechte haben als die Polizei und der Nachrichtendienst. Das Gesetz verletzt damit Grundrechte."

zu viel Macht für Versicherungen "Mit dem neuen Gesetz können Versicherungen Überwachungen in eigener Kompetenz anordnen. Das gibt ihnen zu viel Macht."

Privatsphäre wird durchlöchert "Die Privatsphäre wird durchlöchert: Vor den Sozialdetektiven der Versicherungen ist niemand mehr sicher."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



■ voll einverstanden
■ eher nicht einverstanden
■ überhaupt nicht einverstanden
■ weiss nicht/keine Antwort

Trend Filter Contra-Argumente Überwachung Sozialversicherte

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

nicht mehr Rechte für Privatdetektive als für Polizei "Privatdetektive dürfen nicht mehr Rechte haben als die Polizei und der Nachrichtendienst. Das Gesetz verletzt damit Grundrechte."

zu viel Macht für Versicherungen "Mit dem neuen Gesetz können Versicherungen Überwachungen in eigener Kompetenz anordnen. Das gibt ihnen zu viel Macht."

Privatsphäre wird durchlöchert "Die Privatsphäre wird durchlöchert: Vor den Sozialdetektiven der Versicherungen ist niemand mehr sicher."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



■ nicht mehr Rechte für Privatdetektive als für Polizei



■ zu viel Macht für Versicherungen



■ Privatsphäre wird durchlöchert

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

7. Oktober 2018

3. November 2018

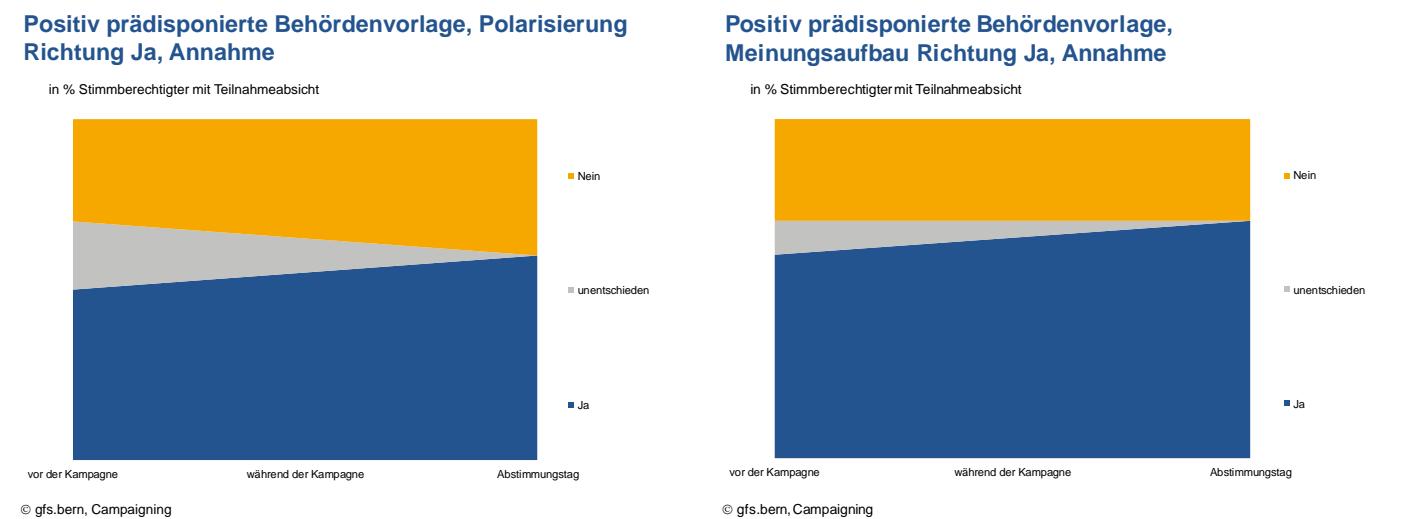
Inhaltlich betrachtet steht die Nein-Seite nun deutlich schwächer da als im Vormonat. Eine Ausweitung der Debatte auf Problempunkte der Vorlage, die auch rechts der Mitte mehrheitsfähig wären, ist nicht gelungen. Eine Ausnahme bildet ein Teil der Parteiungebundenen: In dieser Gruppe setzt man sich kritisch mit den vorgesehenen Kompetenzen der Versicherungsdetektive auseinander.

2.4.4 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Es bleiben zwei realistische Szenarien für die Meinungsbildung und beide sprechen für eine Annahme des Gesetzes zur Überwachung Sozialversicherter am 25. November 2018. Setzt sich die kritische Auseinandersetzung bei Parteiungebundenen fort, so dürfte der Ja-Anteil am Schluss in etwa dem aktuellen Stand entsprechen. Das ist aber alles andere als sicher, da die Ja-Seite inhaltlich betrachtet klar die Oberhand gewonnen hat. Einiges spricht neben der nur leichten Ja-Tendenz in den eigentlichen Stimmabsichten deshalb für das zweite Szenario: In diesem Fall wäre ein Ja-Anteil von über 60 Prozent zu erwarten, weil auch die Parteiungebundenen nach einigem inhaltlichen Zögern schliesslich klar mehrheitlich Ja zur Vorlage stimmen würden.

Die Behördenvorlage hätte in diesem zweiten Szenario davon profitiert, dass die inhaltlichen Angriffe auf die Überwachungsvorlage im Schatten der emotionalen Debatte über die Selbstbestimmungsinitiative wenig wahrgenommen wurden.

Grafik 37



Die wichtigsten empirisch bestimmten Indikatoren für den Normalfall sind jedoch:

- bisherige Stimmabsichten
- Erwartungshaltung der Beteiligungswilligen zum Abstimmungsausgang
- argumentativ steigende Vorteile der Ja-Seite bei fortgeschrittenem Stand der Meinungsbildung: die Akzeptanz der Missbrauchsbekämpfung ist am wirksamsten, während die Akzeptanz des wirksamsten Gegenarguments zur Privatsphäre bröckelt

Tabelle 5

Indikatoren der Einschätzung der Überwachung Sozialversicherte

| Ausprägung | Parlament | Parolen | Erwartung Stimmende | Index Argumente | Erklärung Argumente R ² | Stimmabsichten | Prädisponierung | Trenderwartung Dispositionsansatz |
|------------|--------------------|--------------------|------------------------|-----------------|---------------------------------------|---------------------------------|-----------------|--------------------------------------|
| | | | | | | | | |
| dafür | NR: 73% SR: 74% | BDP, CVP, FDP, SVP | 55% | 56% | 59% | Zunahme Ja | | |
| dagegen | NR: 27% SR: 26% | GPS, SP, GLP | | 39% | 38% | Zunahme oder Stagnation Nein | | |
| | | | | 68% | 68% | | | |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 25. November 2018 im Trend, 2. Welle, 31. Oktober–7. November 2018 (n = 2957)

3 Anhang

3.1 gfs.bern-Team



LUKAS GOLDER

Co-Leiter, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management

Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen/Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, Gesundheitspolitische Reformen.

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf dem Internet



MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)



AARON VENETZ

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



NOAH HERZOG

Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung



KATRIN WATTENHOFER

Projektassistentin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen



JOSÉ KRESS

Projektassistent, Soziologe

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse, Lektorate

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
Telefon: +41 31 311 08 06
Telefax: +41 31 311 08 19
E-Mail: info@gfsbern.ch
Website: www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

